

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

282 (15.10.1920) Erstes und Zweites Blatt

# Karlsruher Tagblatt

**Verlagspreis:**  
In Karlsruhe frei ins Haus  
geliefert monatlich 5.50 M.  
an den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 5.10 M.  
In Stuttgart durch unsere  
Agenturen bezogen 5.50 M.  
monatlich, am Postalter  
abgeholt monatlich 5.30 M.  
vierteljährlich 15.90 M., durch  
den Zeitträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
6.65 M., vierteljährlich 18.95 M.

**Angaben:**  
Die Geschäftsverteilung  
über den Raum ist lokal  
1.40 M., dann 1.60 M.,  
2.40 M., 3.20 M., 4.00 M.,  
4.80 M., 5.60 M., an  
erster Stelle 6.50 M.  
Abgabe nach Tarif.  
Anzeigenannahme  
bis 12 Uhr mittags.  
Kleinere Anzeigen (Spreisen  
bis 4 Uhr nachmittags).  
Fernsprechanschlüsse:  
Geschäftsstelle Nr. 203.  
Verlag Nr. 207.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 504  
Sachbearbeiter Nr. 277

**Badische Morgenzeitung** Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verantwortlich für Politik: Martin Solzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Karl Fohs und Hermann Weid; für Interieur: Heinrich Scherer. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung m. B. O., sämtliche in Karlsruhe, Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Bregenzstr. 66/68, Telephon-Nr. 11420/21. Für unentgeltliche Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 282. Freitag, den 15. Oktober 1920. Erstes Blatt

## Schweizer Brief.

Wieder einmal nimmt die Ausländerfrage einen breiten Raum ein in der eidgenössischen Politik, obwohl erst vor wenigen Monaten das Gesetz über Erwerb und Verlust der Schweizerischen Staatsangehörigkeit durch Ausländer umgearbeitet, will heißen verhängt worden ist; bedarf es doch heute eines Mindestaufenthaltes von 6 Jahren als primäres Voraussetzungs für das Einbürgerungsgesuch überhaupt. Und doch brüht das politische Departement erneut über weitere Gesetzesänderungen, die einerseits der Erhaltung der nationalen und kulturellen Eigenart des Landes zu Hilfe kommen, andererseits verhindern sollen, daß die während des Krieges so zahlreichen ausländischen Militärdienstleistungen heute abgelöst werden durch Deserteure aus privatwirtschaftlichen, kommerziellen, kriminellen u. a. Gründen. Gleich ganzen Landesstellen, wie dem Vorarlberg, strömen heute Scharen von politisch missgegnigten, pelunziär Geschwätzern, oder — Geflüchteten, Schiebern und Abenteuerern, kurz vorwiegend wasserläufigen Wesen, den Neutralstaaten zu, zunächst um ihren vor sich selbst am meisten geschätzten Korpus wohlbehalten neu zu lagern und geruschelter, zumeist sicherer, Kampf und Not der Heimat von außen her zu genießen. Was wissen sie von Tradition und Geschichte, kleiner Raubstaaten, deren Griffen ihnen vor dem Krieg kaum mehr denn durch bunte Tupfen auf der Landkarte bekannt war!

Gegen sie, vornehmlich gegen diese Gattung von „Indesirables“, wenden sich die neu geplanten Maßnahmen des schweizerischen Bundesrates aus der ganz gesunden Überlegung heraus, daß der Begriff des Staatsbürgertums nicht auswechselbar ist gleich einem schmutzigen Hemd oder einem brüchigen Rock. Denn wer heute seine Nationalität getrennt von seiner Stammeseigenschaft kauft und löst nach der altverbreiteten Maxime: „Ubi bene, ibi patria“, der hielt eigentlich nie in guten Treuen zu dem Land, das ihn geboren und wird auch im neuen „Wahvateland“ Zeiten der Gefahr und Heimtückung von außerhalb nicht miterleben. So wenig der Kaufmann schon den Christen, so wenig macht der Bürgerrechtler allein einen zuverlässigen Volksgenossen; die Naturalisation liegt im Geist und Blut, in der ganzen Persönlichkeit, nicht in einem Kaufakt, sagt man sich hierzulande, und das ohne etwa übertrieben selbstgefälliges Betonen seiner eigenen Qualitäten!

Für die kleine Schweiz kommt aber nicht nur die Abwehr „unwürdiger Kantonsisten“, spekulativer Konjunkturflüchtlinge oder schwanfender „Weltbürger“ Gestalten in Betracht, denen jede fernliegende Staatsgemeinschaft die Türe weisen sollte, sondern vielmehr die Erhaltung der völkischen Eigenart, der nationalen Dreieinigkeit und Ruhe. Das Land steht heute genau so wie im 4. und 5. Jahrhundert unter dem Druck einer Völkerwanderung, und ganz wie damals kommt der Gewaltstoß aus dem unwirklichen Norden und Osten, während die eigene Abwanderungstendenz westwärts neigt. Dieser Lauf war stets so. Er liegt in der altunternehmungslustigen Freude am Reisen und Wandern des deutschen Elements begründet, hat aber durch das unglückselige Kriegsende mit allen seinen Folgerichtigkeiten eine solche Verdichtung erfahren, daß in der Tat eine ernste Gefahr nicht nur der Überfremdung, sondern sogar der Überbevölkerung des Schweizerlandes nahe gerückt ist. Darum werden jetzt auch allüberall für Lande Stimmen laut, die in Verespörung der neuabschließenden Niederlassungsverträge mit Deutschland, Frankreich und Italien mit aller Deutlichkeit erklären, daß die Schweiz nicht zurückzukehren werde vor dem vertraglosen Zustand, falls ihren Lebensbedürfnissen nicht insofern Rechnung getragen würde, Abwehrkräften zu erhalten gegen jede weitere Bevölkerungsvermehrung von außen her, verbunden mit greller Verfarbung ureigener Art und Sitten. Vor allem müßte bei den Niederlassungsverträgen das Prinzip der Gleichheit von Großhaat und Kleinhaat, das absolute Gegenrecht, aufgegeben und durch das der Aufnahmefähigkeit der vertragschließenden Länder ersetzt werden.

So beachtlich die Schweiz, diesmal sich das Recht zu wahren, neben bestimmten unerlässlichen Formalerfordernissen für die Zulassung zur Niederlassung, wie es der Staatsangehörigkeitsausweis (Heimatschein, Pass) und der Auszug aus dem Strafregister sind, auch weitere materielle Voraussetzungen auf ihr Vorhandensein zu prüfen, wie z. B. familiäre, wirtschaftliche Verbindungen; staatlich unerwünschte Assimilationsmängel müßten zum Verweigen der Zulassung berechtigen. Ebenso müßte auch für die Kompetenz zur Ausweisung eines niedergelassenen Fremden das Staatsinteresse den Ausschlag geben, also neben dem in der Regel zu fordernden Nachweis eines schuldhaften Verhaltens z. B. auch wirtschaftlicher Natur; andererseits soll der Fremde gegen willkürliche Ausweisungen einen gewissen Schutz erhalten durch Garantien im Verfahren in Zulassung eines motivierten Individualentscheidungs, der nur bestimmten Behörden ansteht.

Wenn so für Einlassung und Ausweisung dem Aufnahmestaate ein ziemlich weites Spielraum zur Betätigung seiner Fremdenpolitik gelassen

werden soll — der dann natürlich auch dem Vertragsstaate gegenüber den Auslandschweizern zugestanden werden muß —, so soll dann die Rechtsstellung des Fremden während der Niederlassungsdauer möglichst klar umschrieben sein, die sich von derjenigen des Schweizer grundsätzlich nur durch Ausnahmen auf bestimmten Gebieten, sowohl an Rechten wie an Pflichten, unterscheiden. (Ausschluß von politischen Rechten, Militärdienst, Beamten, Passierbefugnis u. dgl.) Wo der Fremde durch Befreiung von Pflichten (Militärpflichten) einerseits, Inanspruchnahme der schweizerischen Staatseinrichtungen (Bildungs-,

Wohltätigkeitsanstalten usw.) andererseits gegenüber dem Inländer als direkt bevorzugt erscheint, wird der schon in die öffentliche Auseinandersetzung bezogene Gedanke einer Ausgleichsteuer erwogen.  
Bei der Besprechung der Fürsorgefragen war man darüber einig, daß auch in Zukunft die der Schweiz heiligen Gebote der Humanität gegenüber dem armen und bedürftigen Ausländer beachtet werden sollen. Ebenso einig war man aber auch darüber, daß diese Humanität ihre praktische Grenze da haben müsse, wo die entprechende Humanitätspflicht des Heimatstaates einsetze könne.

Um dem Mißbrauch der schweizerischen Humanität entgegenzuarbeiten, müßte deshalb die Pflicht zur unentgeltlichen Gewährung von Obdach, Unterhalt, Arztpflege und Begräbnis auf die zur Anmeldung des Unterführscheines und zur Uebernahme durch den Heimatstaat unbedingt notwendige Zeit beschränkt werden; nach Ablauf dieser im Vertrage zu fixierenden Frist soll der künftige Heimatstaat zur Kostenvergütung verpflichtet werden.  
Bezüglich der kurzfristigen Fremden, Touristen usw. war man darüber einig, daß die Tendenz hier auf eine möglichst freie Zulassung und Wiederherstellung der Fortkrisisverhältnisse gerichtet sein müßte, nicht zuletzt im ureigenen Interesse (Hotelgewerbe, Fremdenindustrie usw.).  
Weniger gerechtfertigt, wenn nicht teilweise sogar widerlaufend, erscheint im Entwurf des politischen Departements das Verlangen nach Zwangsbürgerung von in der Schweiz geborenen Kindern ausländischer, in der Schweiz wohnhafter Eltern, a) wenn die Mutter von Geburt Schweizerin war, b) wenn der eine Elternteil in der Schweiz geboren ist, unter Verbot der Option anzunehmen des Heimatstaates, zumal den Kraft Gebietshoheit Eingebürgerten zwar das volle Bürgerrecht in Gemeinde und Kanton zuzuschreiben soll, jedoch mit der Einschränkung, daß sie an den Bürger- und Korporationsalter keinen Anteil besitzen. Außerdem sollen die in der Schweiz naturalisierten Ausländer von der Wahlbarkeit in die gesetzgebenden und vollziehenden Behörden der Eidgenossenschaft und der Kantone während der ersten fünf Jahre nach Erwerbung des Schweizer Bürgerrechts ausgeschlossen bleiben.  
Es wird die Aufgabe unserer diplomatischen Stellen sein, sorgsam die Grenze zu ziehen, an der die berechtigten oder auch pflichtgemäße Wahrung deutscher Interessen aufhört und das vollkommene gleichgültige Schicksal luxur- und profitieriger Landflüchtiger aus der deutschen Heimat anfängt.

## Der Kampf um Genf.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns zugehört:

Die wesentliche Frage der internationalen Politik, die zugleich die Schicksalsfrage für Deutschland ist, nämlich das Zustandekommen der Genfer Konferenz unter völliger Gleichberechtigung der deutschen Vertreter, d. h. die endliche Festlegung der deutschen finanziellen Entschuldigungsverpflichtungen ist noch immer ungelöst. Vor zwei Tagen hatte es den Anschein, als hätte der englische Standpunkt, die Genfer Konferenz abzuhalten, der bekanntlich besonders kräftig von Italien unterstützt wird, gesiegt. Jetzt heißt es wieder, daß die englische Regierung sich den neuerlichen, durch belgische Vermittlung erprobten Bedenken Frankreichs nicht verschließen könne, und daß zunächst eine Vorbesprechung wieder in Brüssel über die französischen Ansprüche stattfinden solle. Das Geheimnis ist, warum die englische Regierung trotz der Kritik im eigenen Lande noch immer so viel Rücksicht auf den maßlos freien französischen Geizmännern nimmt. Man weiß jetzt besonders aus dem „Matin“, daß Frankreich den Deutschen sämtliche irgendwie durch den Krieg erwachsenen Kosten, also auch sämtliche französischen direkten und indirekten Kriegskosten, aufbürden will, was zusammen mit der gewaltigen Sachschädigung Summen ausmachen müßte, die auch von einem noch reichen Deutschland zu fordern ganz absurd wäre.  
Dazu kommt, daß schließlich auch die anderen Siegerstaaten mit gleichem Recht dieselben Forderungen stellen könnten, wodurch die Absurdität noch mehr hervortreten würde.  
Es scheint, daß in London die politischen Stellen und Gesichtspunkte immer mehr vor den Interessen der großen finanziellen und wirtschaftlichen Konzerne zurücktreten, wodurch ja auch Lloyd Georges Wandelmütigkeit vielleicht zu erklären ist. In diesen Kreisen will man erst noch die weltwirtschaftliche Entwicklung weiter abwarten, besonders den Zusammenbruch der russischen Sowjet Herrschaft, ehe man an die Sanierung Europas herangeht. In dieser Hinsicht dürften City und Wallstreet einig sein, wenn auch über die einschlagende Methode, die wohl bekannt ist, einige scharfe Interessengegenstände vorhanden sind. Auch die in Brüssel zu Tage geförderten technischen Sanierungsvorschläge werden in den Hochburgen der Weltfinanz erst noch geprüft. In London u. Newyork, ja selbst in Paris, hat man es mit dem Wiederaufbau Europas ja nicht so eilig, wie wir armen Mitteleuropäer, die aus Rohstoffmangel nicht einmal den letzten uns gebliebenen Reichtum, nämlich Arbeitskraft und Arbeitswillen voll ausnützen können, sondern dem Gepesten einer sich ausbreitenden Arbeitslosigkeit entgegenstehen.

## Die Kämpfe im Osten.

Polen und Litauen. (Eigener Drahtbericht.)

Konow, 14. Okt. Laut Meldung der Litauischen Tel.-Ag. zeigt die Bevölkerung zur Verteidigung gegen Polen die größte Opferwilligkeit. Viele Freiwillige aus allen sozialen Schichten haben sich dem Heere gestellt, auch Schüler der oberen Klassen der Gymnasien und anderer Schulen; sogar aus den von den Polen besetzten Gebieten kommen Wehrmännern, Juden und selbst polnische Arbeiter, um mit den Litauern gegen Polen zu kämpfen.

Konow, 14. Okt. (Lit. Tel.-Ag.) (Eig. Drahtber.) Die ausländischen Missionen sind aus Mga nach Konow zurückgekehrt. Sie erklären nämlich, daß sie die gesamte Regierung von Mittellitauen nicht anerkennen.

## Der polnische Heeresbericht.

(Eigener Drahtbericht.)

Warschau, 14. Okt. Generalschichtsbericht der polnischen Armee vom 13. Oktober. Unsere Truppen brachen den Widerstand zweier Sowjetdivisionen und besetzten am 12. d. M. Wolodisch u. v. In der neutralen Zone der A. Armee beurlaubten Banden vertriebener litauischer Soldaten die polnische Bevölkerung auch weiterhin. Im südlichen Abschnitt führte unsere Kavallerie nach einem von dieser eingeleiteten großen Ausfall aus Kosobon zurück. Nach Beschießung der dortigen Eisenbahnstation und Vernichtung der Brücken gerückten unsere Abteilungen die 7. Reservebrigade, sowie die 7. Sowjetdivision, machten 2000 Gefangene und erbeuteten 12 Geschütze und 40 Maschinengewehre.

## Er selbst!

(Eigener Drahtbericht.)

Amsterdam, 14. Okt. Die „Times“ melden aus Rom: Mussolini erklärte in einer Unterredung, wenn die italienische Regierung die Annahme irgend eines Gebietes Italiens an der Adria beschließen sollte, so werde er selbst dieses Gebiet besetzen. Der „Times“-Verichterstatter meldet, daß Mussolini über 6000 Mann gut ausgerüsteter Truppen, 30 Flugzeuge, 1 Dreadnought, 2 Kreuzer, 5 Minenzerstörer und 10 kleine Schiffe verfüge.

## Der Bergarbeiterstreik in England beschlossen.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 14. Okt. Der Bergarbeiterstreik wurde beschlossen, da sich die Mehrzahl der Bergarbeiter für denselben ausgesprochen hat.

## Irland.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 14. Okt. „Dublin Castle“ meldet amtlich: In einem Hause in Fintona (Grafschaft Warwick) ereignete sich eine heftige Explosion, die das Haus vollständig zerstörte. Dabei wurden sieben Männer getötet und fünf verwundet, die in Gewahrsam genommen wurden. Zwei andere Männer werden vermisst. Vermutlich waren die Männer mit der Herstellung von Bomben beschäftigt.

London, 14. Okt. (Eig. Drahtber.) Etwa 160 bemaffnete Männer haben die Gendarmen von Dunmaway (Grafschaft Cork) angegriffen. Es ist zu einem Kampf gekommen. In Londonderry entband ein Strafenlampe. Mehrere Personen wurden dabei verwundet.

Rotterdam, 14. Okt. (Eig. Drahtber.) Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ veröffentlichten Lord Grey und Lord Cecil gemeinsam einen Brief zur Rede Lloyd Georges über Irland, in dem sie erklären, daß erdrückende Beweise dafür bestehen, daß bewaffnete Streitkräfte der Krone seit Monaten systematisch Häuser verbrannt oder zerstört und Frauen und Kinder in die Wälder und Berge verjagt haben. Unter den Opfern befinden sich Protestanten und Unionisten, die erbitterten Gegner der Sinnfeiner. Die Politik, die zu einem solchen Ergebnis geführt habe, würde von Ministern, darunter Lloyd George, gebilligt. Dies seien ernste Fragen, die eine öffentliche Unterredung durch das Gericht erforderten.

## Die Abstimmung in Kärnten.

Das offizielle Resultat der Abstimmung. (Eigener Drahtbericht.)

W. Agentur, 14. Okt. Nach dem offiziellen Ergebnis wurden für Oesterreich 2295, für Jugoslawien 1578 Stimmen abgegeben.

## Angeseit bei Oesterreich!

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 14. Okt. Die Blätter drücken ihre große Freude über das Abstimmungsergebnis in Kärnten aus, wonach dieses Land deutsch und ungeteilt bei Oesterreich bleibt.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

aber stets dabei die Erhöhung der Löhne in der Hand; er bezweifle, daß die Arbeiter sich nach der Sozialisierung heben werde. Post und Eisenbahn ließen das Schlimmste befürchten. Die Prämienvorschläge seien ebenfalls ungeeignet, da sie hier keine Einzelleistungen betreffen, sondern nur als Lohnerhöhungen zu bewerten seien. Das eine sehe schon jetzt fest, daß die Sozialisierung bei beiden gemachten Vorschlägen zu einer Verteuerung der Produktion führen werde. Da werde nun behauptet, das Unternehmertum verleihe keine Gewinne. Das sei ein Unfug. Unsere Steuerbehörden seien schon klug genug, um solchen Versuchen zu begegnen. Es handelt sich hier um ein Experiment, das der Kohlenrat ablehnen müsse. Dagegen sei er bereit, mitzuarbeiten daran, daß ein Weg gefunden werde, die Produktion zu steigern.

Dr. Wendle (Verbraucher) verweist auf den wirtschaftlichen Tiefstand, in dem wir uns befinden, und behauptet, daß solche Schlagworte wie Sozialisierung hinausgerufen werden, die die Allgemeinheit zu unerfüllbaren Hoffnungen treiben. Die Maßnahmen der Regierung in diesem Sinne seien nicht von wirtschaftlichen Erwägungen diktiert, sondern von politischen. Jetzt im Zustand der Weltwirtschaft soll sozialisiert werden, also umgebaut werden. Das gehe doch nur, wenn das ganz allgemein auf dem Wirtschaftswege erfolge. Die Beispiele der Post und Eisenbahn sprechen entschieden gegen die Sozialisierung. Ebenfalls sage ihm der Vorschlag Rathenau's zu, der zur Bürokratisierung führe und damit eine Verbilligung unmöglich mache. Im übrigen verweist er auf die internationalen Beziehungen einer Sozialisierung, auf die Handelsbeziehungen und auf die Verhandlungen von Spaa. Der organische Umlauf und Ausbau unserer Kohlenwirtschaft lasse sich auch unter Ausschluß der Sozialisierung ausführen.

Von Fredow (Verbraucher) meint, die Hauptsache sei zunächst, möglichst viel Kohlen zu erlangen. Eine Sozialisierung werde während der Zeit vor 5 bis 6 Jahren wäre sie möglich gewesen, heute dagegen sei der Weg nicht gangbar. Es werde gar nicht zu vermeiden sein, daß ein Staatsbetrieb aus der Sache werde, und davor habe er die größte Furcht. Auch die Verteilung der Kohle in Staatshand gebe Anlaß zu Bedenken. Unsere Erfahrungen mit dem Reichskohlenkommissar seien gerade nicht erfreulich gewesen.

Wiesinger (Handel) meint, jetzt könne der Handel direkt an den Verbraucher herantreten. Wie solle das aber werden, wenn die Bürokratie das Wort habe. Er warne entschieden vor solchen Experimenten.

Köffler (Arbeitnehmer): Die Forderung der Sozialisierung ist gar keine sozialistische Forderung. Der bayerische Zentrumabgeordnete Dr. Heim habe schon vor 20 Jahren die Verstaatlichung des Bergbaues verlangt. Ohne einen der Leiter herabzusetzen zu wollen, müsse man doch sagen, daß das Hauptverdienst an der Entwicklung unseres Bergbaues den Arbeitern zufalle. Von einer Bürokratisierung könne keine Rede sein. Jedenfalls werden die Arbeiter stark genug sein, sich solche Veruche vom Hals zu halten. Wenn kein anderes Urteil über die Sozialisierung laut werde, als er heute hier gebirt, müße er sagen, daß er den Geist auf der Gegenseite doch stark überhäufig habe. Lohnsklaven der Entente seien wir heute schon. Daran sei aber nicht der Sozialismus schuld, sondern die Ereignisse der letzten vierzehn Jahre. Der Schrei nach Gerechtigkeit durchdringt die Massen; er drückt sich in dem Wort Sozialisierung aus. Ohne die 800 000 Bergarbeiter lasse sich die Frage nicht regeln, aber man höre ihren Schrei mit Sachlichkeit, mit Ruhe und ohne Parteilichkeit.

Werner (Betriebsbeamter der Sozialisationskommission des Reichswirtschaftsrates) tritt

entschieden für die Sozialisierung ein. Als Mann der Praxis müsse er sagen, daß das, was bisher gegen die Sozialisierung gesagt worden sei, auf Theorien beruhe. Ruhe im Bergbau sei nur durch die Sozialisierung zu schaffen. Das die Unternehmer gegen die Sozialisierung seien, sei klar, aber die Sozialisierung komme und sei nicht aufzuhalten. Da heiße es, sich in Ruhe über die Modalitäten der Sozialisierung zu einigen, und hier sollen sich Arbeiter und Unternehmer zusammenfinden. Redner tritt schließlich für die Vollsozialisierung ein und spricht sich gegen den Vorschlag Rathenau aus, der sich nicht in die Praxis umsetzen lasse.

Ein Antrag auf sofortige Wahl einer Kommission zur weiteren Verhandlung findet Widerspruch und wird zurückgezogen. Sodann tritt die Mittagspause ein.

Der Vorsitzende eröffnet die Mittagspause pünktlich um 3 Uhr.

Neyer (Verbrauchende Industrie): Die ganze Frage ist keine Privatangelegenheit. Wir, die Industrie, haben die Mittel heranzuschaffen, daher können nur sachlich wirtschaftliche Punkte erhoben werden, nicht parteipolitische. Die Industrie hat nicht in die Frage der Förderung hineinzureden, aber sie hat bestimmte Wünsche hinsichtlich der Kohlenverteilung und wegen der Preisgestaltung. Ebenfalls ist die verbrauchende Industrie überzeugt, daß keine der beiden Vorschläge der Sozialisationskommission ihren Wünschen entsprechen kann, sie will aber weiter arbeiten an Vorschlägen; es kann sich aber nur um einen Umbau, nicht um einen Neubau handeln. Das kann nur einer Kommission überlassen werden, deren Einsetzung er beantragt.

Venhöl vom Preussischen Bergverband betont, daß der preussische Staatsbergbau mit 85 Proz. an der gesamten Kohlenförderung Deutschlands beteiligt ist und auch nach dem Ausschneiden des Saargebietes immer noch 10 Prozent der Produktion vertrete. Nationalistische Gesichtspunkte sollten bei seinen Ausführungen ganz zurücktreten. Die vernichtende Kritik der Sozialisationskommission an dem jetzigen Stand der Produktion sei nicht zu verstehen. Das bestehende System sei ausbildungsfähig. Er erinnere an die Errichtung des Reichskohlenrates, welchen die Sozialisationskommission nicht mit keinem Worte erwähnt habe. Der Reichskohlenverband führe nicht das Scheinopfer, das man ihm vorwerfe. Natürlich bedürften keine Arbeiten der Klärung, der Reife. Die Vorteile, die der Arbeiter durch die Sozialisierung zufließen würden, könnten auch auf minder gefährlichem Wege erreicht werden. A. W. würden sie durch das Betriebsrätegesetz ins Werk geleitet. Eine Verkleinerung der Kohlenförderung, aber die Schwerkraftbegünstigung, die seinerzeit veräußert wurde, müsse nachgeholt werden.

Wagner (Arbeitnehmer) steht auf dem Boden der Vollsozialisierung. Daß die private Initiative im Bergbau große Erfolge erzielt habe, leugne er nicht. Aber sie habe auch große Schatten Seiten für die Arbeiter gehabt. Ihr haben die Arbeiter die Proletarisierung zu verdanken. Das „Rein“ der Privatinitiative habe schon vor 20 Jahren dem Arbeiter das Mitbestimmungsrecht unmöglich gemacht. Heute sehen wir die Folgen. Der Wunsch der verbrauchenden Industrie nach mehr und billigeren Kohlen werde auch von den Arbeitern geteilt, aber ohne die Arbeiter sei dieser Wunsch nicht zu erreichen. Daß der Besitzer an der Umgestaltung mitarbeiten müsse, sei klar. Während sie allerdings auf dem Standpunkt stehen, daß ihre materiellen Interessen hier maßgebend sein müssen, sollen sie aufhören, dem Arbeiter Materialismus vorzuwerfen. Ebenfalls müßten wir uns bemühen, den sozialen Anforderungen der Zeitverhältnisse gerecht zu werden.

Girbig (Arbeitnehmer) betont, Scharfmann und Schaffin seien die Grundpfeiler der deutschen Industrie, das gelte nicht nur für die Industriellen, sondern auch für die Arbeitnehmer. Man solle auch dem Bergarbeiter als dem Mann begegnen, der produktive Arbeit leistet, dann werde sich die Arbeitsfreudigkeit im Bergbau heben. Sozialismus sei Arbeit; er wolle

arbeiten, wolle aber auch die Früchte seiner Arbeit genießen. Wenn die Gewinne der Arbeiter wirklich so minimal sein würden, wie hier immer ausgerechnet werde, warum wolle man sie ihnen vorenthalten? Wir suchen den Gang der friedlichen Sozialisierung. Sorgen Sie dafür, daß dieser Gang nicht gestört wird. Sonst dürste die Welle über Sie hinweggehen.

Scharke (Kleinhandel) vertritt die Interessen des Kleinhandels, dessen Ruin die Sozialisationskommission sicher nicht wünsche.

Marx (Verbraucher) meint, beide Vorschläge hätten den Nachteil, verschiedene neue Instanzen zu schaffen, die über einander angeordnet seien. Angesichts der fortschreitenden Entwicklung des Kohlenbergbaues im Auslande müßten wir aber jede Erschütterung unseres Bergbaues vermeiden, damit wir konkurrenzfähig bleiben. Er sei daher gegen jede Reorganisationsveränderung, verlange vielmehr den Ausbau des bestehenden Systems.

Siegrist (Verbraucher) befürchtet ebenfalls mehr eine Parlamentarisierung als eine Sozialisierung und behauptet, daß die Sozialisationskommission an der Frage der Entschädigung vorbeigegangen sei. Das werde eine Aufgabe unserer Kommission sein. Daß die Bodenschätze unseres Vaterlandes der Allgemeinheit gehören müssen, sei ein so schöner idealer Gedanke, daß er nicht wieder verschwinden dürfe. Das sollte auch der Unternehmer einsehen.

Hg. Imbusch meint, auf die Frage der Zweckmäßigkeit der Sozialisierung komme es nicht mehr an, nachdem sich die große Masse für diese ausgesprochen habe. Persönlich freue er sich, daß die Umgestaltung des Wirtschaftslebens vor sich gehen werde. Schärfer werde es nur geben, wenn unnötiger Widerstand geleistet werde. Für die Beibehaltung der Unternehmerinitiative sei er auch, aber neben dieser Initiative werde sich die der Arbeiter geltend machen, und hier würden neue Kräfte sichtbar werden.

Hg. Sasse bedeutet, daß von Arbeitgebern so gar keine Töne des Entgegenkommens angeschlagen werden. Dabei haben große Blätter der rechtsstehenden Parteien selbst sich dafür eingesetzt, daß etwas geschehen müsse.

Mellentin (Kaufmännischer Angestellter im Bergbau) ist für Sozialisierung unter Zugrundelegung kaufmännischen Handelns und Denkens. Er behauptet, daß seine Gruppe von der Sozialisationskommission nicht gehört worden sei, und hofft, daß die Wünsche seiner Gruppe in der Kommission des Reichskohlenrates Widerhall finden werden. Beide Vorschläge der Sozialisationskommission seien nicht geeignet, ungeteilten Beifall zu finden. Die Kohlenkommission werde ganz andere Arbeit leisten müssen.

Dr. Silberberg (Braunkohlenunternehmer) behauptet, daß die Vorschläge der Unternehmer nicht als ernste wohlgemeinte Warnungen aufgefacht würden; leider sei die Sachlage aus dem rein wirtschaftlichen Rahmen herausgeschoben und auf das parteipolitische Gebiet verschoben worden. Die Behauptung, das Unternehmertum habe nur ein „Rein“, treffe nicht zu. Wingham habe schon die Bereitwilligkeit des Unternehmertums zur Mitarbeit betont, desgleichen Stinnes. Leber die Frage der Mitbestimmung der Arbeiter würde sich reden lassen. Ein Weg würde z. B. die gesetzliche Regelung über die Zulassung kleiner Aktien sein. Desgleichen werde sich die Frage der Mitwirkung der Arbeiter erwägen lassen. Jedenfalls bieten wir die Hand zu solchen Verhandlungen.

Steeger (Arbeitnehmer) dankt den Unternehmern für dieses Entgegenkommen. Er würde sich gegen bürokratischen Gang stemmen und die Initiative des Unternehmers nur ungern missen. Nach seiner Ansicht würde sich die Sozialisierung mit diesen beiden Forderungen in Einklang bringen lassen.

Hmann (Konjunktionsgenossenschaftsvertreter) sieht die Schwierigkeiten nur in der Hebung der Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter. Die Ar-

beiter würden nur manches zu lernen müssen, aber geeignete Kräfte seien unter ihnen vorhanden.

Dr. Wendle wendet sich gegen verschiedene gegen ihn erhobene Vorwürfe. Er sei Vertreter der Verbraucher, deshalb habe er sich für den Ausbau des bestehenden Systems ausgesprochen; Was daran noch reaktionär sein soll, möchte er wissen. (Zuruf: Sie haben sich sehr gebeffert!)

Schuler (Handwerker) ist nicht für die Sozialisierung, an deren wirtschaftliche Möglichkeit er nicht glaubt. Man müsse in der Kommission auf dem Boden gegenseitiger Annäherung zum Ziel zu kommen suchen.

Damit schließt die Erörterung.

Der Vorsitzende stellt fest, daß der Gedanke, die Frage frei von Leidenschaft zu betrachten, allgemein durchgedrungen sei und daß eine Reihe von gemeinsamen Gesichtspunkten skizziert worden sei. Er erwarte von der Kommission eine erspriechliche, aber auch eine schwere und verantwortungsvolle Tätigkeit.

Generaldirektor Königer erklärt, im Reichswirtschaftsrat sei eine 15gliedrige Kommission gebildet worden, die mit einer gleich starken Kommission des Reichskohlenrates gemeinsam tagen solle. Zur Kommission des Reichswirtschaftsrates gehören außerdem acht Gruppen der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Verbraucher mit je 5 Mitgliedern. Der Bergbau selbst sei nur schwach vertreten, hauptsächlich die Verbraucher. Dieser Rude müsse der Reichskohlenrat abhelfen. Er schlage deshalb ebenfalls eine Kommission von 15 Mitgliedern und 15 Stellvertretern vor, allerdings sollten an den Verhandlungen selbst nur die Mitglieder bzw. der jeweilige Stellvertreter eines dieser Mitglieder teilnehmen. Es erhebt sich kein Widerspruch.

Die erste Sitzung der gemeinsamen Kommission erfolgt am Montag, den 25. Oktober, nachmittags 3 Uhr.

Damit schließt die Sitzung um 6 1/2 Uhr.

### Deutsches Reich.

#### Beibehaltung des Ministeriums des Auswärtigen in Bayern.

In der gestrigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des Bayerischen Landtages wurde beim Etat des Ministeriums des Auswärtigen ein sozialdemokratischer Antrag eingebracht, vom 1. Januar 1921 ab dieses Ministerium aufzulösen. Ministerpräsident Dr. von Kahr erklärte, daß der Vorlage des Haushaltsplanes zu entnehmen sei, daß die Regierung zunächst nicht beabsichtige, die Aufhebung des Außenministeriums in die Wege zu setzen. Die Entwicklung der Verhältnisse seit dem Frühjahr ließen es der Regierung nicht ratsam erscheinen, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer solchen Maßnahme vorzugehen. Zudem hätten sich die Aufgaben des Ministeriums des Auswärtigen seit dem Frühjahr in unerwarteter Weise vermehrt. Ferner sei nicht nur die Reichsregierung gewillt, eine besondere Vertretung in München einzurichten, sondern auch Sachsen und Württemberg hätten ihre Vertretungen beibehalten. Der Ministerpräsident könne auf keinen Fall auf einen Apparat verzichten, wie ihn das Ministerium des Auswärtigen darstelle. Eine sofortige Aufhebung würde keine weltliche Vereinfachung in den Verwaltungskosten bringen, deshalb habe sich die Regierung entschlossen, für die vorläufige Beibehaltung des Ministeriums einzutreten. Nach dem Schlußwort der beiden Referenten wurde der Antrag der Sozialdemokraten mit allen gegen acht sozialdemokratische Stimmen abgelehnt.

#### Die bayerische Regierung und die Dieselmotore.

Wie unser Münchener Korrespondent drastisch, betont bei der Behandlung der Frage der Dieselmotoren im Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtages Handelsminister Gamm, daß ein besonderes Vorgehen Bayerns, das nun gelehrt wäre, die Einseitigkeit der Aktion der Reichsregierung zu stören, unzulässig sei. Bayern habe aber nichts unterlassen, um die Vertretungen der Entente in München darauf hinzuwirken, daß es sich um sehr wichtige Dinge handelt. Aus Aschura wird in dieser Sache gemeldet: Die Bewegung gegen die Beschaffung der Dieselmotore hat jetzt infolgedessen Erfolg gehabt, als die Verhandlungen neu aufgenommen worden sind. Die Reife der Entente-Kommissionen, die die am 13. Oktober vorgeschene Ber-

### Konzerte.

Wir haben zurzeit Konzert-Hochflut. Daß da nicht alle Veranstaltungen guten Besuch aufweisen können, ist, zumal unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen, begreiflich. Nicht einleuchten will es aber, daß so manches minderwertige, stark nach der dilettantischen Seite hinneigende Konzert einen vollen Saal hat, während erstere Kunst vor meist leeren Stühlen geboten wird. („Stuhlkonzert“ wäre das eigentlich der sinnigere Ausdruck.) Wie ist es zum Beispiel möglich, daß eine Kwartett-Sodapp, eine unferer bedeutendsten Pianistinnen, wenn nicht überhaupt die größte, die zudem noch unsere Landesmännin ist, vor erschreckend leerem Saale spielen mußte?

Ueber Frieda Kwast-Sodapp, diese Meisterin des Klaviers, ist kaum mehr etwas Neues zu sagen. Ihre absolut echte, verinnerlichte Kunst, die frei von allem Spielerischen, Ausgeklügeltsein ist, die in jedem Wort sich ganz in leidenschaftlicher Hingabe ergießt, zwingt den Hörer mit ungeliebter Gewalt. Die Klavieristin spielte Bändel, Beethoven, Chopin und Liszt. Gipfel der Darbietung waren die 33 Variationen Beethovens über einen Walzer von Diabelli. Dieses die Grenzen des Klaviermäßigen oftmals sprengende Nischenwerk fand in Frieda Kwast-Sodapp eine unübertreffliche Vermittlerin. Man wußte nicht, was man mehr bewundern sollte, das blendende, jeder technischen Schwierigkeit spottende Spiel, die überlegene Gestaltungsraft, die jeder einzelnen Variation ihr eigenes Gepräge gab, die das kleinste Detail scharf, anschaulich herausmeißelte, dennoch aber stets die große Linie wahrte, oder die leidenschaftliche Inbrunst, die hinreichende Gewalt dieses Spiels. Die Künstlerin wurde stürmisch gefeiert.

Am Abend darauf, im großen Festhallaesaal, wo das Pfälzische Landes-Sinfonie-Orchester sein erstes Sinfonie-Konzert gab, stand man vor der schwerwiegenden Frage, ob auf dem Podium nicht mehr Menschen saßen, als davor... Man muß sich wundern, daß den Mus-

ikern, dem Dirigenten und der Solistin des Abends, als sie sich diesem trostlos leeren Saal gegenüber saßen, nicht die Luft am Musizieren vergangen ist. Sie liebten aber ihre Enttäuschung die wenigen Zuhörer nicht entgelten, spielten vielmehr so freudig und hingebend, daß man ihnen schon darum gewogen sein muß. Ueber die Leistungen des Orchesters, dessen gute Qualitäten wir in früheren Konzerten mehrfach rühmten, kann diesmal kein abschließendes Urteil gefällt werden, da die durch die Leere des Saales bedingten akustischen Verhältnisse derart ungünstig waren, daß ein ungetrübter Gehör nicht möglich war. Das Orchester klang matt, farblos, die einzelnen Instrumentengruppen wollten nicht zusammenklängen. Daß trotzdem schon die den Abend eröffnende Brahms'sche Ouvertüre „Der Corsar“ starken Beifall fand, ist der bestimmten, temperamentvollen Leistung des neuen Dirigenten des Orchesters, Generalmusikdirektor Professor Ernst Voelke, zu danken, der vornehmlich den machtvollen Schluß des Wertes zu zündender Wirkung brachte. In einer eigenen Schöpfung, Tragische Ouvertüre für großes Orchester, erwies Voelke sich als kennzeichnender Musiker, dem nicht gewöhnliche Behaltungs-fähigkeit eignet. Der pathetische Grundton ist in der Ouvertüre durchweg festgehalten; das mit großer Virtuosität und Beherrschung der Orchesterkräfte aufgearbeitete Werk hat man die fesselnden Einzelzüge. Als Ganzes fehlt ihm aber Eigenart und Konzentration. Das Orchester spielte die Ouvertüre mit größter Hingabe und sicherte damit Voelke einen bemerkenswerten Erfolg.

Zwischen den beiden Orchesterwerken stand das erste Klavierkonzert (B-Moll) von Tschaiwowski. Geleitet Chop-Groeneveld, Berlin, spielte es mit dem ihm eigenen feurigen Schwung und faszinierender Eleganz. Zu rühmen ist die ausgezeichnete Begleitung des Orchesters. Beethovens „Siebte“ bildete den zweiten Teil des etwas zu umfangreichen Programms. Es ist zu wünschen, daß das Pfälzische Landes-Sinfonie-Orchester künftig mehr Interesse bei der Karlsruher musikalischen Bevölkerung findet; das treffliche Orchester verdient es. G. W.

### Kunst und Wissenschaft.

Theater-Almanach. Was in früheren Jahren in bescheidenem Ausmaß und lediglich auf Personalia und Spielplan sich beschränkend die Souffleuse des weitland Hoftheaters Karlsruhe herausgegeben hatte, erscheint nun als stattliches und theaterliterarisches erweitertes Buch mit vielen Bildbeigaben. Die Bad. Druck- und Verlags-gesellschaft m. b. H. Karlsruhe gab in diesem Jahr erstmalig einen Theater-Almanach für Karlsruhe und Baden-Vaden, Jahrgang 1920/21 heraus. Die Bearbeitung hat mit Unterstützung der beiden Intendanten Paul Strahner übernommen. Es ist ihm gelungen, ein buntes und alle Theaterbesucher unterhaltendes und wertvolles Büchlein herauszubringen. An Nachschlagsmaterialien bringt der Almanach ein Verzeichnis im abgelaufenen Theaterjahr gegebenen Aufführungen, Preise, Pläne u. dgl., sowie ein vollständiges Verzeichnis des gesamten künstlerischen und technischen Personals. Und zahlreiche Porträts dazu. Manche scheinen im vorigen Jahrhundert aufgenommen zu sein. Man wird aber begreiflich finden, daß die Damen, welche hier in Betracht kommen, eben keine Bilder neueren Datums zur Verfügung hatten! An Beiträgen sei der Rück- und Ausblick von Strahner genannt, ihm schließt sich aus der Feder des 1. Vorsitzenden des Theaterkulturverbands und der Volksbühne Karlsruhe, Walter Günther, ein die hiesigen Verhältnisse authentisch klarlegenden Aufsatz „Bühne und Volk“ an. Ein nicht ein-faches Thema bearbeitete Schauspiel- und Regisseur Felix Baumbach in der Untersuchung über die Abhängigkeit, d. h. hier besser über die eigene Geschmähigkeit der Dichtkunst und der Bühnenkunst. Mit reichen Quellenkenntnis wartet Dr. Hans Mohr in seinem Aufsatz über das Dirigieren in alter und neuer Zeit auf. Persönliches und Technisches bringen der Regisseur Lange und der Theatermaler Burtard. Baden-Baden ist mit einem Abriss der Theatergeschichte dieser Stadt von W. Schendendorf und einer eingehenden Studie von Dr. G. Griefendorf, Experimentelle

Regie“ vertreten. Der reinen, meist humoristischen Unterhaltung geben Gelegenheit Paul Pasken mit einem Gedicht Mortimer, Schauspieler Jürgen mit einer köstlichen Parodie „Theaterjargon“, Karl Joso neben Kritikerglossen mit einer „Opernprobe“, das frühere Mitglied des Theaters, Hans Norden, mit einem belagerten Erlebnis von der Schmiere. Der Satire ist des Badener Intendanten Dr. Baags Beitrag „Der Stein“ gewidmet. Daß die Reflektion in heutiger Zeit bei den unerwünschten Herstellungen ein-zubringen muß, ist selbstverständlich, doch werden die Autoren keine übermäßige Freude haben, wenn sie ihre tiefgründigen Gesellschaftsanalysen durch banalste Anzeigen unterbrochen finden. Das sonst gutausgestattete und handliche Buch leidet naturgemäß sehr darunter.

Ein neues französisches Kunstausführungsgesetz, von Kammer und Senat angenommen, ist jetzt in Kraft getreten. Danach bedürfen Kunstwerke von nationalem Interesse zur Ausfuhr der Genehmigung des Unterrichtsministeriums. Unter diese Bestimmungen fallen Möbel, die vor 1890 entstanden, und Werke von länger als 20 Jahre verstorbenen Künstlern, sowie Ausgrabungen aus französischem Boden. Die zurückgelassenen Werke können vom Staat erworben werden, die zur Ausfuhr zugelassenen werden versteuert; zu 15 Prozent bei Werken bis 5000 Fr., 20 Prozent bis 20 000 Fr., 25 Prozent bei Werken über 20 000 Franken.

Zod eines italienischen Astronomen. Der Direktor des Observatoriums in Bologna und Professor an der dortigen Universität, Dr. M. Rajna, ist dieser Tage gestorben. Er beschäftigte sich besonders mit Längenbestimmungen, Erdmagnetismus und Geodäsie, und er war einer der Gelehrten in Italien, die ihre Wissenschaft populär zu machen versuchten, indem er zahlreiche Beiträge für Tageszeitungen schrieb. Rajna widersetzte sich mit Entschiedenheit der Einführung der Sommerzeit, die auch in Italien aus Mischlichkeitsgründen angenommen worden war. In zahlreichen Veröffentlichungen kämpfte er gegen diese unwissenschaftliche Einrichtung und erfuhr auch die Genußnahme, daß sie noch vor seinem Tode wieder abgeschafft wurde.

Abnung durchzuführen sollten, ist nach einer Mitteilung der Reichsregierung an die Maschinenfabrik Augsburg-Münchener vorläufig aufgeschoben worden.

Das Munitionsdepot bei Kaiserslautern.

Die Agentur Savas demontiert die Nachricht der deutschen Presse, wonach die Franzosen 600.000 Kartuschenfrüchbarem Gelände bei Kaiserslautern konzentriert hätten, um ein Munitionsdepot zu errichten, ebenso die Nachricht, daß die Kosten der zu errichtenden Munitionsdepots bei Kaiserslautern sich auf 40 Millionen Mark belaufen würden. Außerdem wird behauptet, daß die von der deutschen Presse veröffentlichten Ziffern für den Unterhalt der Besatzungsstruppen seien irreführend. Die Ansicht zur Anlage eines Munitionsdepots in Kaiserslautern hat tatsächlich bestanden. Allerdings soll diese Errichtung jetzt aufgeschoben worden sein. Die Kosten des Munitionsdepots werden nach einer französischen Berechnung tatsächlich 40 Millionen Mark betragen. Das die Landwirtschaft unter der Besatzungsmacht der Franzosen für Unglücke viel zu leiden hat, ist ebenfalls amtlich festgesetzt. Wegen der Ausgaben für die Besatzungsstruppen ist zu bemerken, daß von den Besatzungsmächten wiederholt amtlich festgestellt worden ist, daß die bisher geleisteten deutschen Zahlungen bei weitem nicht die tatsächlichen Aufwendungen decken, das es sich vielmehr um Abschlagszahlungen handle.

Die Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten im besetzten Gebiet.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über Erhaltung der von den Ländern und Gemeinden den Beamten in den besetzten Gebieten gewährten Wirtschaftsbeihilfen zugegangen.

Der Zustand der sächsischen Gemeindearbeiter.

Wie unser Dresdener Korrespondent dringt, verfahren die streikenden Gemeindearbeiter in Dresden an den elektrischen Anlagen schwere Sabotage, wodurch einige öffentliche Anstalten in Gefahr gebracht wurden. Der Telefonverkehr mußte wegen des Streiks in der Stadt teilweise eingestellt werden. Von den Redaktionsmitgliedern des sächsischen Industrieller wird der Lohnanspruch der wegen des Streiks streikenden Arbeiter verneint, da es sich um höhere Gewalt handle.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden hat beschlossen, die Anfrage des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ob der Arbeitgeberverband zu Verhandlungen bereit sei, zu bejahen und die Verhandlungen aufzunehmen.

Die Waffenablieferung in Sachsen.

Nach einer Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten sind in Sachsen an Dresden bis zum 6. Oktober abgeliefert worden: 22 Maschinengewehre, 12 168 Gewehre, 1612 Handgranaten, 17.575 Handgranatenschilder, 850.500 Stück Munition für Handfeuerwaffen, 2967 Armeerevolver, 601 Gewehräufe, 57 Sprengkörper.

Aus den Parteien.

Reichstagsabgeordneter Dr. Ludwig Haas

Erklärt, wie bereits mitgeteilt, heute abend 8 1/2 Uhr im Saale des „Lobengraben“ (Kaiser-Wilhelmhalle) in einer öffentlichen Versammlung über: „L. Haas an der Spitze der Politik“. Da die Fragen der auswärtigen Politik gegenwärtig mit Recht allgemeinem Interesse begegnen, weisen wir auf die Veranstaltung nochmals besonders hin.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag

Es geht von der preussischen Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister Braun zur Verhandlung eines Antrages auf schließliche Überleitung der Fabrikation der künstlichen Düngemittel aus privatkapitalistischem Besitz in den Dienst der Allgemeinheit eine lange Rede, in deren Verlauf er sagte, unter seiner vollen Verantwortung müsse er bemerken, ihm sei es ein unbeschreibliches Gefühl, daß in der Abteilung des Reichsministeriums, die die Schicksalsfrage zu kontrollieren habe, in einflussreicher Stellung ein Beamter saß, von dem er positiv wisse, daß er betrieblieh sei. (Große Begeisterung.) Dieser Beamte sei jetzt in Urlaub. Er wisse nicht, ob er zurückkehren werde.

Aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Der „Neuen Hamburger Zeit.“ zufolge hat sich gestern der gemäßigtere Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Hamburg, der gegen die bedingungslose Unterwerfung unter das Moskauer Diktat als unabhängige Sozialdemokratie konstituiert. Sie gibt ein neues und damit das dritte sozialdemokratische Blatt für Hamburg heraus, die „Hamburger Tribüne“, die gestern zum erstenmal erschienen ist.

Badischer Landtag.

Tagesordnung der 1. Sitzung.

Die erste öffentliche Sitzung des Landtags findet nun bestimmt am Mittwoch, den 20. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht die Annahme neuer Eingänge, die Wahlen des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer, sowie die Wahl der ständigen Ausschüsse.

Badische Politik.

Politikisierung der Beamtenschaft.

Die Badische Politische Korrespondenz schreibt: Jeder die Frage der Politikisierung der Beamenschaft ist derzeit eine lebhaft diskutierte im Gange, hervorgerufen durch die Tatsache, daß ein der Sozialdemokratischen Partei angehöriger früherer Kriegsgerichtsrat als Vortragender Rat in das badische Justizministerium berufen worden ist. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzung ist von verschiedenen Seiten verlangt worden, die Anwesenheit auf ein solches Gremium zu schließen. Es erscheint daher notwendig, einige grundsätzliche Bemerkungen dazu zu machen. Wenn Sozialdemokratie und Zentrum den Anspruch erheben, daß Angehörige dieser Parteien in maßgebende Beamtenstellen gelangen, so ist dagegen selbstverständlich nichts einzuwenden. In einem demokratischen Staatswesen müssen alle Beamtenstellen den Angehörigen aller Parteien offen stehen, sofern diese sich auf den Boden der Versöhnung stellen. Es darf aber unter keinen Umständen dahin kommen, daß bestimmte Beamten nur deswegen auf bestimmte Stellen kommen, weil sie gesinnungsgemäße Parteigänger sind. Ein solches System in der Beamtenpolitik würde das demokratische Staatswesen aus dem schlimmsten Kompromittieren und würde hochqualifizierte Beamtenanwärter geradezu aus dem Staatsdienst hinausdrängen.

Eingehalten allein um diesen Kernpunkt dreht es sich in der ganzen Frage. Wenn der sozialdemokratische Kriegsgerichtsrat nun deshalb in das Justizministerium berufen worden ist, weil er Sozialdemokrat ist, so bedeutet das einen weiteren Schritt auf der abschüssigen Bahn der Vereinnahmung der Beam-

stellen nach politischen Motiven. Es ist die Pflicht der Öffentlichkeit, rechtzeitig davor zu warnen, auf dieser Bahn noch weiter fortzuschreiten. Eine Regierungserklärung im „Staatsanzeiger“ über die Angelegenheit war zwar sehr wortreich, hat aber den Kern der Sache nicht berührt, woraus zu entnehmen ist, daß die Annahme, es handle sich in diesem Fall um ein Parteigeschäft, durchaus zutrifft. Wir hoffen, daß sich derartige Vorgänge nicht wiederholen, und daß sich bei allen Parteien die Ueberzeugung durchsetzt: über das Parteigeschäft muß das Allgemeinwohl gehen. Die Allgemeinheit wird aber geschädigt durch derlei parteipolitische Schachergeschäfte!

Finanzrat Ludwig Frohmüller

Ist, seinem Ansehen entsprechend, in den Ruhestand verabschiedet worden. Er war im Jahr 1861 als Sohn des Sekretärs bei der vormaligen Generalintendanten der Großb. Zivilliste, des Hiesigen Frohmüller, geboren, studierte in Heidelberg Kameralwissenschaft und bestand im Jahr 1884 das kameralistische Staatsexamen. Nachdem er einige Jahre als Kassentaffel in Marzahn anseht war, trat er in die Abteilung des Domänenwesens über und wurde im Jahr 1892 zum Vorstand des Domänenamts in Bonn befördert. Als solcher war er später auch in Bielefeld und Konstanz tätig, bis er im Jahr 1907 mit dem Titel Finanzrat zum Vorstand der Landesbankkasse ernannt wurde. Seit längerer Zeit leidend, unterzog er sich im vorigen Jahr einer Operation, seit der er trotz der Wiederherstellung seiner Gesundheit immer noch krankenbedürftig ist. Infolgedessen hat er um seine Zurückberufung nachgefragt.

Aus Baden.

— Malsh b. Ettlingen, 14. Okt. Der hiesige Bauernverein wird etwa 800 Bektner Kartoffeln zum Preis von 20 M für den Zentner den Winderbeimitteln der Stadt Ettlingen zuzumessen lassen.

— Malsh (Amt Ettlingen), 14. Okt. Bei der Bürgermeisterwahl in Malsh stellt das Zentrum den Landtagsabgeordneten Franz Belzer als Kandidaten auf.

— Pflanzheim, 14. Okt. Das Hotel „Monopol“ in Pflanzheim ist um den Preis von 350.000 Mark samt Einrichtung in den Besitz der Ortskrankenkasse Ludwigsburg übergegangen.

— Heidenberg, 15. Okt. Die Stadterverwaltung plant nicht kleineren und größeren Wohnungsbau auch die Errichtung eines ganzen Häuserblocks mit mindestens 200 Wohnungen im Handlungsbereich der Stadt. Mindestens die Hälfte der vom Bürgerausschuß jüngst genehmigten neuen 20 Millionen-Anleihe wird für Wohnungsbau verwendet.

— Neckarmühlbach (Amt Mosbach), 14. Okt. Im Hinblick auf die ungesicherten Zeitverhältnisse hat man die kunstvollen, sehr wertvollen Altarschreine, die aus dem 13. Jahrhundert herrühren, — die Anbetung Marias und Christus am Kreuz darstellend, — aus der Kirche entfernt und im Gemügenschen Schloß Guttenberg aufbewahrt.

— Weihenbach (im Murgtal), 14. Okt. Bürgermeister Otto Kaß hat sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt.

— Freiburg, 14. Okt. Ein geriebener Heiratschwindler stand in der Periode des Jahres, Schloßherr Emil Birner aus Konstanz vor der Strafanwaltschaft. Er hatte verschiedenen Mädchen unter falschen Vorwänden seines Berufs die Ehe versprochen und ihnen ganz erhebliche Beträge in Höhe von 12.000 M., 6000 M. und 5000 M. herausgelockt. Das Geld verpraute der Schwindler, der vom Gericht zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

— Furtwangen, 14. Okt. Die Angehörigen der Furtwalgbahn haben der Besitzerin dieser Bahn, der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Darmstadt, ein Ultimatum auf Erhöhung der Löhne gestellt. Falls man dem Verlangen nicht nachkomme, werde man streiken. Darauf gab die Gesellschaft den Eisenbahnern einen Ueberblick über die finanzielle Lage der Gesellschaft. Danach schloß das mit 26 Millionen Aktienkapital arbeitende Unternehmen nach 3.188.289 (i. V. 522.125) Mark Rücklagen mit einem Verri in 7.492.558 Mark ab, für den nichts anderes übrig bleibt, als ihn vorzutragen. Im Vorjahr konnten 1.578.808 Mark oder gleich 5,5 Prozent Dividende verteilt werden.

— Schopfheim, 14. Okt. Eine beachtenswerte Leistung moderner Technik bildet das zwischen Fegern und Wies gelegene neuerbaute Kraftwerk Köhligartenmühle. Ein Werk sozialdemokratischen fand hier seine Verwirklichung, sind doch etwa 30 Gemeinden des Wies- und Randerthal selbst die Erbauer. In den nächsten Wochen dürften die an dem Werk beteiligten Gemeinden Licht und Kraft erhalten.

— Meßkirch, 14. Okt. In Sentenart wurden wegen Ueberfretung der Moskobspitze 54 Zentner Moschob beschlagnahmt und dem Pflanzendorfer Spital übergeben.

— Mühlheim, 14. Okt. Wie aus Mühlhausen i. E. berichtet wird, beabsichtigte sich der Generalrat für das Oberes in seiner zweitägigen Session auf ausschließlich mit den Kraftwerkprojekten am Oberer sein, für die bereits fertige Pläne vorliegen. Es ist beabsichtigt, auf der Strecke Strahburg—Mühlhausen Elektrizitätswerke zu erstellen und zwar Kembs, Homburg, Mühlheim und Neubreisach. Das Kembswerk soll so ausgeplant werden, daß seine Anlage ein Kraftergebnis von 85.000 Pferdekräften aufweist. Der Rheinleitenkanal ist in großem Umfang geplant, um auch den größten Schiffen zu ermöglichen, bis Mühlhausen zu fahren.

— Badisch-Rheinelsden, 14. Okt. Ein hiesiger Landwirt hat an 16 hiesige Kriegervitwen aus seinen eigenen Beständen je einen Zentner Kartoffeln zur Verfügung gestellt.

— De. Aus der Vaar, 14. Okt. Im seitherigen Referat der Vaar in Bad Dürheim wurde bei einem nächsten Einbruch eine Schreibmaschine im Wert von 5000 M., Eigentum des Abwicklungsamts, von unbekannten Tätern gestohlen. — In Pflanzheim bei Donaueschingen lockte ein Schwindler, der sich dem Bürgermeier als Elektro-Ingenieur bei der Firma Boveri & Co. vorstellte und zusicherte, sofort mit den Arbeiten zur Freileitung beginnen zu wollen, 50 M. Kostenvorschuss heraus. Dann begab sich der Untel zum Gemeindevorstand, wiederholte das gleiche Manöver und zeigte ein mit dem Siegel des Bürgermeisters versehenes Dokument zu Pflanzheim — versehenes vollkom-

men amtlich aussehendes Schreiben vor, in dem die Gemeinde Pflanzheim gebeten wurde, dem Herrn Ingenieur 5000 M. auszugeben, die zur Auslösung der auf dem Bahnhof Pflanzheim lagernden Freileitungsmaschinen bestimmt seien. Da nun aber der Gemeindevorstand von Pflanzheim zufällig ganz leer war, griff der Gemeindevorstand in seine eigene Tasche und verabschiedete dem „Herrn Elektrischen“ 1900 M. in bar. Dem Bürgermeister und dem Gemeindevorstand ging bald darauf ein Licht auf, freilich kein elektrisches, als sie erfuhren, daß sie einem geriebenen Schwindler zum Opfer gefallen sind.

Statistische Monatsberichte der Landeshauptstadt Karlsruhe.

Die Bevölkerungsbewegung über die Monate Januar bis Juni 1920.

Der Stadtrat hat die Herausgabe statistischer Monatsberichte beschlossen.

Am Schluß der Berichtszeit hatte Karlsruhe rechnerisch 133.254 Einwohner. Die Zahl bleibt mit rund 6000 Personen hinter der Höchstzahl vor dem Krieg (Juni 1914) zurück. Die im Felde Gebliebenen, Wegfall der Garnison, Aufhebung des Kadettenbundes, Fortzug des Hofes, teilweise Stilllegung großer Betriebe sind die Hauptursachen für die Bevölkerungsbewegung. Im 1. Halbjahr 1920 sind von Karlsruhe fast 1000 Personen mehr fort- als zugezogen. Gegenüber dem 1. Halbjahr 1919 stellt dies einen Wanderungsverlust von über 4000 Personen dar. Allerdings war der Wegzug im ganzen Jahr 1919 gegenüber den Friedensjahren ganz außergewöhnlich groß, das Jahr 1919 hat der Stadt Karlsruhe einen Wanderungsgewinn von 5800 Personen gebracht. Die Friedensjahre erreichten auch nicht annähernd diese Ziffer; das Jahr 1913 wies nur einen Wanderungsverlust von 3200 Personen auf. Den großen Wanderungsverlust des 1. Halbjahres 1920 konnte die natürliche Bevölkerungsbewegung nicht ganz ausgleichen, obwohl die Zahl von 706 Personen, um die die Geburtenziffer die Ziffer der Gestorbenen übersteigt, in der Reihe der letzten 10 Jahre den Rekord darstellt. Die Ziffer übersteigt das in dieser Beziehung „gute“ 1. Halbjahr 1914 noch um über 100 Personen. Dieser hohe Geburtenüberschuss ist nur durch gewaltiges Ansteigen der Geburtenziffer erzielt worden, nicht durch Sinken der Sterblichkeit. Während im 1. Halbjahr 1914 nur 1478 Lebendgeborene registriert wurden (im 1. Halbjahr 1919 nur 1014), beträgt die Ziffer im 1. Halbjahr 1920 1758; sie übersteigt die Zahl der im 2. Halbjahr 1919 Geborenen noch um 29. Das 1. Halbjahr 1920 war bisher, seit die Ziffern in Karlsruhe beobachtet werden, das geburtenreichste. Seit November 1919, dem an Lebendgeborenen bisher reichsten Monat, geht, wenn auch unter Schwankungen, die Geburtenziffer wieder langsam zurück. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der unehelichen Geburten, die sonst etwa 16,5% aller Geburten ausmachte, aber in der 2. Hälfte 1918 und in der 1. Hälfte 1919 auf über 20% gestiegen war, auf 18,2% im 2. Halbjahr 1919 und auf 15,4% im 1. Halbjahr 1920 zurückgegangen ist — vermutlich eine Folge der zahlreichen Eheschließungen. Die Ursache der großen Zunahme der Geburten seit August 1919 ist die Rückkehr der Männer aus dem Felde, besonders die außerordentliche Zunahme der Eheschließungen. Im 2. Halbjahr 1919 wurden 61 und im 1. Halbjahr 1920 44 Ehen geschlossen als im ganzen Jahre 1918, das 1050 Eheschließungen aufwies. Auf 1000 Einwohner berechnet ergibt das im Jahre 1920 15,8, also mehr als doppelt so viel Eheschließungen als im Jahre 1918. Der Pfingstmonat 1920, der Mai, ist mit 266 Eheschließungen nach dem Augustmonat 1914 (308 Ehen) der an Eheschließungen in Karlsruhe reichste Monat. Ein Abflauen der Heiratsfreudigkeit läßt sich aus den bisher vorliegenden Ziffern noch nicht erkennen.

Die Zahl der Sterbefälle ist in der Berichtszeit gegenüber den Vorjahren verhältnismäßig gestiegen. Es starben 1052 Personen gegenüber 1002 im 1. Halbjahr 1919 und 878 im 1. Halbjahr 1914. Auf 1000 Einwohner berechnet ergibt das für die Berichtszeit 15 Todesfälle, das sind 3 mehr als im 1. Halbjahr 1914. Es ist zu hoffen, daß die Ziffer nicht wieder die ungünstigen Ergebnisse der Jahre vor 1910 erreicht, in denen mindestens 16/100 starben. Die Sänglingssterblichkeit ist in der Berichtszeit gegenüber dem 1. Halbjahr 1919 etwas zurückgegangen. Immerhin starben von 100 Lebendgeborenen noch 9,70. Bemerkenswert aus der Todesursachenstatistik ist, daß an Influenza und Grippe im 1. Halbjahr 1920 76 Personen starben, das sind 15 mehr als im ganzen Jahre 1919. Seit 1915 hat die Altersschwäche immer mehr Opfer gefordert, jetzt dreimal so viel wie im Durchschnitt der Jahre 1910—1914. Weiter fällt auf, daß an Lungentuberkulose gerade nur halb so viel (46) Männer wie Frauen starben — eine Erscheinung, die sich seit dem Jahre 1917 bemerkbar macht. Offenbar sind die mit Schwindelhaft behafteten oder zur Schwindelhaft neigenden Männer durch den Krieg dahingerafft oder ihre Neigung zu derartigen Erkrankungen hat sich gebessert. Auf diese Frage hier weiter einzugehen, verbietet der vorhandene Raum. Bei dieser Gelegenheit muß aber betont werden, daß weder die Todesursachenstatistik noch die Statistik der ansteigenden Krankheiten ein zutreffendes Bild von den durch die Kriegsteilnahmen und die ständige Hungerblockade erschütterten Gesundheitsverhältnissen geben können. Die allgemeine Unterernährung, die verminderte Widerstandsfähigkeit gegenüber Erkrankungen aller Art und die zum Teil erheblich gestiegene körperliche und geistige Leistungsfähigkeit — das sind die in großem Umfang vorhandenen Folgen des Krieges, vor allem der Nahrungsmittelknappheit, die im allgemeinen nicht mehr zu beheben sind. Nur ihre extremsten Fälle kommen in der Statistik der ansteigenden Krankheiten und der Todesursachen zum Ausdruck.

\*) Die Monatsberichte können im Buchhandel zu 50 Pfg. bezogen werden.

Letzte Nachrichten.

Beendigung des Berliner Zeitungsstreits.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 14. Okt. Auf Grund der im Berliner Zeitungsgewerbe gestern abgeschlossenen Vereinigung ist die Arbeit im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen worden.

Südflawischer Völkerechtsbruch.

(Eigener Drahtbericht.) b. Klagenfurt, 14. Okt. Die Besetzung der durch die Volksabstimmung Deutsch-Oesterreich zugeprochenen Kärntner Zone durch südflawische Truppen hat begonnen. Allen Anschein nach will die Laibacher (slowenische) Regierung die Abstimmung nicht anerkennen und militärisch einschreiten.

Polnische Raubüberfälle.

(Eigener Drahtbericht.) Breslau, 14. Okt. Die „Schlesische Zeitung“ berichtet von zwei schweren Raubüberfällen. Im Kreise Rybnik wurde das katholische Pfarrhaus in Polkow von Räubern heimgesucht, die unter dem Vorwand, den Pfarren zu einem Schwerkranken holen zu wollen, Einlaß fanden. Die Räuber entwendeten 10.000 Mk. Bargeld, Hausgegenstände und Küchengeräte. — In der Nähe von Bittkow wurde ein Fischer aus Kattowitz von Räubern nachts durch sechs Schiffe niedergeschossen und ihm 500 Mk. bares Geld geraubt.

Von der Prager Universität.

(Eigener Drahtbericht.) Wien, 14. Okt. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Prag: Im Zusammenhang mit Streitigkeiten zwischen deutschen und slowenischen Hörern an der Prager Universität wegen des aufgehobenen numerus clausus besetzten gestern deutschböhmische Studenten die Zugänge der Universität, um die Einschreibung der slowenischen Hörer zu vereiteln. Später kam es zu Verhandlungen zwischen beiden Parteien, in denen die deutschböhmischen Studenten die Zulassung einer Höchstzahl von 400 fremden Hörern zugestanden. Sie stellten aber weitere Bedingungen zur Wahrung des deutschen Charakters der deutschen Universität. In einer nachmittags abgehaltenen Versammlung lebten die slowenischen Studenten die Forderungen der deutschböhmischen Studenten ab.

Portugal.

(Eigener Drahtbericht.) Lissabon, 14. Okt. (Ag. Savas.) Der Direktor und der Subdirektor der portugiesischen Eisenbahngesellschaft sind verhaftet worden. Der Zugverkehr wird ohne Zwischenfall aufrechterhalten. Auf den Linien des Südens und des Südoestens ist der Zugverkehr beinahe normal. Auf den anderen Linien wird er mehr und mehr wieder aufgenommen. Die militärischen Kraftwagen und die Mannschaften der Militärverwaltung erhielten einen sofortigen Marschbefehl. Wegen des Streikkomitee der Eisenbahner wurde ein Haftbefehl erlassen. Die Regierung berät über die Aufhebung der verfassungsmäßigen Garantien. Die Zentralfstelle des Eisenbahnerverbandes wurde auf Weisung der Regierung geschlossen.

in Saarbrücken, 14. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Heute früh 6 Uhr brach in der ehemaligen Artilleriekaserne in St. Arnold Grobfeuer aus, das auf den französischen Automobilpark übersprang und über 100 Automobile und große Mengen wertvoller Zubehöre vernichtete. Der Schaden, einschließlich des Gebäudeschadens, wird auf mehr als 25—30 Millionen Mark geschätzt. Die Entstehungsursache ist noch nicht bekannt.

Tagesanzeiger.

Freitag, 15. Oktober. Landestheater „Lobengrin“. 8 1/2 Uhr. Konzertsaal. Keine Vorstellung. Colosseum. Variet. 8 Uhr. Stadt. Ausstellungshallen. „Badens Wasserwege und weisse Kühle“. 10—6 Uhr. Welt-Panorama. Interlaken—Bern—Chamonix. Residenztheater, Waldstraße. Samrun. Zirkuswanderzirkus Ende. Großes Programm. Neuplatz (am Schlachthof). 7 1/2 Uhr. Landeskirchliche Vereinigung. Versammlung mit Vortrag von Pater Schmidt-Leopoldsdorfer und Oberbischöflicher Vikar-Karlruhe. Adlersstraße 23. 8 Uhr.



Haustrinkuren! Von heilwirkendem Einfluss bei Gicht, Rheumatismus, Nieren-, Blasen- und Harnleiden, Sodbrennen, Diabetes usw. Bei Diphtherie zur Abwendung von Folgeerscheinungen. Brunnenschriften durch das Fachinger Zentralbüro Berlin W 66, Wilhelmstr. 55





# Unterhaltungs-Beilage zum Karlsruher Tagblatt

## Die Ripper und Wipper.

Eine zeitgemäße Betrachtung von Hans Heinsheimer.

Einer der ersten Stöße des gewaltigen Lebens, das aus dem blühenden Deutschland eine trostlose Trümmerstätte machen sollte, war die Zeit der Ripper und Wipper, waren die Jahre 1621—1623. Heute, wo der geringe Wert unseres Geldes uns in so große Schwierigkeiten gebracht hat, und wo jeder einzelne von dieser Umwertung aller Werte betroffen ist, scheint es besonders anregend, einen Blick in jene bewegten Tage zu tun.

Schon lange vor Beginn des Dreißigjährigen Krieges war das Münzwesen in Deutschland in arge Unordnung geraten. Neben den privilegierten Münzen, deren Zahl beschränkt war, hatten sich an vielen Orten Deutschlands sogenannte „Gedenkmünzen“ ausgegeben, die zum Teil in derselben Weise wie die amtlichen Münzstätten arbeiteten, zum Teil mit falschen Stempeln fremdes, besonders wertvolles Gold fertigten, und unter der Hand in Verkehr setzten. Das hier geschaffene Geld hatte zwar oft Mängel an Gewicht oder auch an Gehalt, aber es war gutes Silbergeld, und eine Gefahr war mit dem vielen Geld von dunkler Herkunft für die Volkswirtschaft nicht verbunden. Dann kam der Krieg. Das Bedürfnis nach Geld steigerte sich ins Ungemessene, die Landesherren und Heerführer wußten nicht, wo sie den Geld für die Armeen, der für die damalige Zeit ungeheure Summen forberte, hernehmen sollten. Und nun begannen die großen Herren selbst, die Arbeit der von ihnen so sehr verehrten Gedenkmünzen zu über-treffen. Bald gingen sie damit an, die Münzen statt aus reinem Silber aus einer Mischung von Kupfer und diesem edlen Metall zu schlagen. Und nach und nach wurde der Silbergehalt immer geringer, bis zuletzt das Kupfer allein in den Münzstätten herrschte. In Sachsen hatte dieser Mißbrauch angefangen, um sich in kurzer Zeit über ganz Deutschland auszubreiten. Es dauerte gar nicht lang, so suchten nicht nur die Fürsten ihren gedrückten Beutel auf diese so bequeme Art zu füllen: bald wurde die neue Art, zu Geld zu kommen, bekannt und in kurzer Zeit war das ganze Volk gleichsam von einem Taumel ergriffen. Überall taten sich geheime Münzstätten auf und der Chronist erzählt: „Das neue Geld war lauter Kupfer, nur geißelt und weiß gemacht. Das hielt etwa acht Tage, dann wurde es zunderrot. Da wurden die Blasen, Kessel, Röhren, Rinnen und was sonst noch von Kupfer war, ausgehoben, in die Münzen getragen und zu Geld gemacht. Ein ehrlicher Mann durfte sich nicht mehr getrauen, jemand zu beherbergen, denn er mußte Sorge tragen, der Gast breche ihm in der Nacht die Ofenblase aus und laufe ihm davon. Wo eine Kirche ein altes kupfernes Tauf-beden hatte, das mußte sofort zur Münze und half ihm keine Heiligkeit, es verlor sich, die darin getauft waren.“ Ein unerhörter Handel mit Geld fing an. Bald verlassen die Ärzte ihre Kranken und denken vielmehr an den Buchar als an Hippokrates oder Galenus. Die Juristen vergessen ihre Akten, hängen die Praxis an die Wand und lassen über Bartholus und Baldus lesen, wer da will. Dasselbe tun auch andere Gelehrte, studieren mehr Arithmetik als Rhetorik und Philosophie; die Kaufleute, Krämer und andere Handelsleute treiben jeglicher Art ihr größtes Gewerbe mit der kurzen Ware, die mit dem Münzstempel gezeichnet ist.“ So eine Schrift aus dem Jahre 1622.

Der Rückschlag, der bei solch ungesunder Wirtschaft-sage kommen mußte, ließ nicht lange auf sich warten. Die erste Folge war — wir staunen, wenn wir an die Gegenwart denken — eine außerordentliche Wert-Steigerung des alten Geldes. Bald wurde eine Silber-münze mit dem vier- und fünffachen ihres Nominal-wertes bezahlt und mit freudigem Staunen sah der Bürger plötzlich sein Vermögen, das in Generationen angehäuft worden war, vervielfacht, vielleicht ver-zehnfacht und gab in vollen Zügen aus, denn die langsam wachsende Teuerung, die alsbald einsetzte, hielt lange nicht Schritt mit dem Aufwärtsschnellen seiner silbernen Spargülden.

Schlamm war vor allem die Lage derer, die sich an dem allgemeinen Schachern und Handeln nicht be-teiligen konnten: Beamte, Pfarrer, Lehrer, deren

fechter Gehalt nun plötzlich kaum zum Leben reichte. Ein sächsischer Geistlicher ist denn auch unter den ersten, die gegen die Ripper und Wipper — so nannte das Volk die famosen Münzmeister — als gegen die „lechte Brut und Frucht des Teufels“ weitterten. In ihren Klagen kommen die der Gläubiger, die ihr gutes Darlehen in schlechtem, totem Geld zurück-bezahlt bekommen, die der Bauern, die ihre Erzeug-nisse nicht für Kupfer hergeben wollten, die der armen Studenten, deren kleine Stipendien zu wägen, wertlosen Sämmchen schrumpften. Immer weiter greift das Geld um sich. Bald begann auch die reif-geordnete Drachenkaat sich gegen die, so sie einst ausgestreut hatten, gegen die Fürsten, die Regie-rungen zu wenden. Sie mußten sich nun — ver-gehens — sträuben, ihre Steuern und Abgaben in derselben Münze zu erhalten, mit der sie zuerst das Volk betrogen hatten. Unter der Flut von Schmäh-schriften, die damals auf die „ungehängenen, die bischen eibv...“ fenen, chlosen“ Ripper niedergeriet, treten einzelne hervor, die sich gegen diese „Erzipper“ wenden, die viel mehr schaden, als die „gemeinen Ripper“, da sie „die Regalia vom Reich haben und dieselben zum merlichen Schaden deutschen Landes mißbrauchen.“ Und als die Teuerung in eben dem Maße weiter geht, als der Wert des neuen Geldes sinkt, als immer mehr Erzeugnisse vernichtet werden und die Entrüstung gegen die Ripper und Wipper immer größer wird, bleibt den Herren denn auch nichts anderes übrig, als das Kupfergeld allmählich einzuziehen und wieder gute Münze, wie ehemals, zu prägen.

Der Sturm war vorübergerauscht. Er hinterließ ein Volk, das in zwei Jahren die Ersparnisse der langen Friedenszeit verjubelt, sinnlos ausgegeben, in alle Winde verstreut hatte, dem der alte Arbeits-geist verloren gegangen, das an Betrug, Geldgier, Leichtsinne gewöhnt worden war. So stand es am Vor zu dem großen Lebenszuge, den es in den nächsten Jahrzehnten zurücklegen sollte.

Sch kann es mir wohl sparen, Parallelen zur Gegen-wart zu ziehen. Jeder wird selbst genug finden. Und vielleicht wird mancher seine Sorge ein wenig leichter nehmen, wenn er bedenkt, daß auch über seiner gegenwärtigen Not der alte Weise steht, auf ihn herabzublicken und murmelt: „Alles schon da-gewesen.“

## Berliner Bettler.

Die neue Zeit, sie ist noch so neu, daß sie das Ge-sellschaftsbild ununterbrochen umformt und Er-scheinungen, die noch gestern dauernde zu werden versprochen, bereits morgen durch neue, unerwartete ersetzt, diese neue Zeit hat mit vielen guten, mit vielen schlechten Einrichtungen, die schon von ältesten Her-kommen patiniert waren, gründlich aufgeräumt. Was sie nicht ausgelöscht hat, das hat sie so von Grund auf umgeformt, daß es kaum wiederzuerkennen ist. Und das trifft nicht etwa nur auf das wesentlich veränderte äußere Bild der Reichshauptstadt zu, diese Umgrup-pierung ist ganz besonders in der Verwandlung des Typischen im Volkscharakter zu erkennen; sie springt am deutlichsten aus der Umformung der sozialen Ordnung zutage.

### Die neuen Armen.

Man spricht so häufig von den neuen Reichen; von den Kriegs- und Revolutionsgewinnlern, die durch tausendfältige Schiebungen, durch Ausnützung der Konjunktur, das will in diesem Falle heißen, durch schamlose Spekulation auf die Not der Vielen unge-heure Vermögen erwarfen und, langsam, hochmütig und schwerfällig in der Anpassung, sich in die Eleganz der Stadt einklinken, ohne sie ausfüllen zu können; eine feste Quelle unangenehm tömischer Zwischen-fälle. Über diesen neuen Reichen verfährt man ganz der neuen Armen; nicht jener in ihrem wirtschaft-lichen Gleichgewicht schwer Bedrückten, nicht des ausgefogenen, fast schon kampfs-müden Mittelstandes über den mehr geschrien wurde, als man ihm ge-holfen hat. Aber jener wird vergessen, die ihre Armut oder die Engherzigkeit, arm zu scheinen, gleich den neuen Reichen zur Schau stellen, der neuen Bettler.

Es gibt keine ehrlichen Bettler mehr. Schließlich brachte es der Begriff seit jeher mit sich, daß der Bettelnde auch ein Schwindler war; wenigstens ein

ganz kleiner, mit Gewissensvorbehalten sich in Szene setzende Schwindler. Es galt immer, ein wenig Bettelregie zu betreiben, irgendein Gebrest ins rechte Licht zu setzen, um das Mitleid anzulocken. Und auch die Überreibung gehörte immer zum Bettlermetier. Ebenso wie da Bewußtsein der Mitleid-tätigen immer mit der Möglichkeit rechnet: siehe, der dich hier anbettelt, hat vielleicht mehr als du. Gab es doch in seligen Friedenszeiten einen stadtbekannteren Berliner Bettler, von dem das geflügelte Wort ging: Er erbettelt sich eben sein drittes Haus. Bog man diese Au-würdige jedoch ab, dann blieb eine geradezu ehrsame und behauerte Bettlergilde übrig, die in hundert Spielarten gegliedert, durch eine nicht fiktivierte Organisation geeint, ihr Brot suchte und meist auch verdiente.

### Bettelindustrie.

Diese Spielarten sind tot. Die Bettlertypen sind Seltenheit geworden. Es gibt eigentlich nur mehr Bettelbranchen. Die fast freundliche individuelle Note fehlt, die ganze Bettelerei ist ein industrieller Zug, ist der Rhythmus einer bewußten Organisation ge-worden. Die Eigenbettel sind verschwunden, sind aufgeteilt in die Groß-Bettelerei, die nach bestimmten, uniform angelegenen Schichten eingegliedert sind in die Riesengemeinde der Arbeitsschichten und der Arbeitsmüden. Denn die gewaltige Menge der Kriegsverletzten will man doch lieber unter die Arbeitsmüden bringen als unter die Arbeitsschichten. Da gibt es die mühseligen Bettler, gibt es die Ge-breiste aufziehenden Bettler, nicht mehr wie früher demütig und doch aufreizend an die Straße gestellt, sondern herausfordernd, von einer viel geschickteren oder äüperste launmännlichen Wirkung bedachten Aufmachung, mit schamlos dem Auge vorpräpa-rierten Leiden. Dann sind da die Kunst-Bettler, die fundenlang wadeln und den wenigsten noch nicht ge-heilten Psychikern das Brot vor der wippenden Nase wegzüßeln; und da sind weiter die Epilepsie-Kameraden, die in der Bettlerschule studiert haben, — ich wette, es gibt eine Bettlerschule — und schon ganz nach der verbrecherischen Seite der Auswüchse des Betteltums hinneigen. Sie werden zu gleicher Zeit von Krämpfen befallen und haben ihre Gesinnungs-gewissen, die den Wirrwarr zu Diebstählen benutzen. Dann die sehr selbstbewußt auftretenden Hausbettler, die Briefbettler — alles an alte Typen anknüpfend und doch zur Masse erstarrt, industrialisiert, organi-siert. Der alte, ehrliche Bettler gilt nicht mehr, er steht abseits im Schatten einer ergauten Über-leberung. Doch auch in dieser uniformierten Bettelerei fehlt es an Typen nicht. Diese Typen nun sind es geradezu, die das neue Berliner Betteltum modern, also widerwärtig erscheinen lassen. Der Typen sind unzählige, ein paar sollen für heute aufgezählt sein.

Der heruntergekommene Kriegsgewinnler. In einer Straße des Berliner Westens steht ein alterer Mann. Ohne besondere Merkmale. Ohne Gebrechen. Um die Brust trägt er eine Tafel, auf der steht zu lesen: „Ehemaliger Kriegsgewinnler. Für seine Taten vom Schicksal bestraft wieder arm und erwerbsunfähig geworden, bittet edle Götter um eine milde Gabe, damit er wieder ehrliche Arbeit leisten kann.“ Klingt wie aus einem satirischen Witzblatt geschmitten und ist bezeichnende Wahrheit. Die ganze alte Spekulation der Zeit kräht aus diesem Plakat, steht an dieser Type. M. Pr.

## Wußten Sie schon — ?

Überhand interessanter Kleinkram von Professor Ypsilon.

Wußten Sie schon, daß es in Deutschland den Fie-der, den unsere Dichter so gerne besungen, erst seit dem sechzehnten Jahrhundert gibt?

Wußten Sie schon — um von etwas Profasscherem zu reden — daß ein ausgewachsener Ochs nicht mehr als zehn Pfund Fleischextrakt liefert?

Jede Taschenuhr tickt fünfmal in der Sekunde, dreihundertmal in der Minute, achtzehntausendmal in der Stunde. Welange besitzen Sie Ihre Uhr? Wie oft hat sie in dieser Zeit getickt?

Das Erbauen des Basilikans hat zweihundert Jahre in Anspruch genommen und fiel in die Regierungszeit von dreihundzwanzig Päpsten.

Wußten Sie schon, daß die ersten Kartoffeln, die in Preußen geerntet wurden, irgend anderswo wuchsen als im — Berliner Lustgarten?

„Wenn jetzt die beiden Zeiger der Uhr übereinander stehen, wieviel Zeit vergeht, bis sie wieder übereinander zu stehen kommen? — Fragen Sie dies Ihre Bekannten; Sie werden ein Duzend falsche Ant-worten bekommen, ehe Sie die einzig richtige hören. Und die lautet: „1 Stunde, 5 Minuten und 1/11 Minu-ten.“

Und dann fragen Sie Ihre Bekannten bitte weiter: „Wie oft im Tage (den Tag zu 24 Stunden gerechnet) stehen die Zeiger der Uhr übereinander? — Es wird falsche Antworten hageln. Die einzige richtige heißt: „22mal!“ Wer es nicht glauben will, probiere es aus, indem er die Zeiger der Uhr entsprechend oft dreht.

Wußten Sie schon, daß in der ganzen Bibel das Wort „Nerven“ nicht vorkommt?

## Frauenbewegung.

In Vorties, Frhr. v. Münchhausen. \*)  
Frauenpflichtlerin? — Ach, tausende von Frau-! Sind's, die nur nach Pflicht und Liebe schau'n! Heiß erbebt und heiß erzückt die Brust; Denn gar hart wird täglich es bewußt: Männermorden hat der Krieg gehaut, Tod und Hunger droh'n mit kalter Faust, Wo sind Schultern zärtlich zu umfosen? Wo erblühen der Hingebung Rosen? Wo sind Kindlein in den Schlaf zu wiegen? Wo die Mütterlichkeit, deren Schmiegen Uns ernährt und uns Obdach gibt? Männer, helfet uns, wenn ihr uns liebt, „Mißgeleit“ hat uns Not und Leben, Könnt ihr Antwort, Liebe, Hilfe geben?  
Hermine Maier-Henfer.

\*) Nr. 280 des „Karlsruh. Tagbl.“

## Humor.

Selbstam. „Es ist doch merkwürdig, daß die Chi-nesen faule Eier essen.“ — „Ja, um so merkwür-diger, als sie doch gar keine Kommandoverbände haben.“

Religion. „Mensch, wie du aussehest! Wie konntest du dir solch einen scheußlichen, roten Vollbart wachsen lassen?“ — „Ja, n'anderer ist nicht gekommen!“

Die Tänzerin. „Nur nicht so hochnäsig — Ihnen sind, wie es scheint, Ihre kleinen Füße in den Kopf gestiegen!“

Straße. „War das 'n Flegel, der dich eben nach'm Weg fragte; dem hätte ich gar keine Aus-sunft gegeben!“ — „Ach, unhöflich kann ich nur einmal nicht sein... aber ich habe ihm zur Strafe den verkehrten Weg gezeigt!“  
Aus: „Mensch. 2. Bl.“

Schwedischer Humor. (Wirkames Mittel.) Lind-bloms waren jung verheiratet, und Herr Lindblom war sehr sparfam. Als er eines Tages eine Geschäfts-reise antreten mußte, ließ er seiner Frau sehr wenig Geld zu Hause, ver sprach aber, mehr zu schicken. Eines Tages erhielt er folgendes Telegramm: „Wirt fordert Miete. Schide telegraphisch Geld.“ Lindblom antwortete: „Selbst ohne Geld. Schid; aber bald. Tausend Klüße.“

Verzweifelt drastete die Frau zurück: „Rein Geld nötig. Gab Wirt hatt dessen einen der Klüße. Er ist zufrieden.“  
Herr Lindblom schidte umgehend Geld.

## Theresle die Wirtin von Heiligenbronn.

Roman von Hermann Siegemann.

(56) — (Nachdruck verboten.)  
„Frau Markwalder, ich weiß noch nicht, was sich unter diesen Fieberanfällen verbergt. Viel-leicht eine Art Malaria, vielleicht ist's diesmal sogar etwas anderes. Aber ich werde es wohl noch herausfinden, wenn ich die Behandlung behalte, und ich möchte zuerst eine Blutunter-suchung vornehmen. Ein Beruhigungsmittel bin ich nicht. Auch wichtig tun und dange machen will ich nicht. Aber das Herz ist nicht ganz in Ordnung.“

Er sah nur den matten weißen Schein ihres Gesichtes in der unsicheren Beleuchtung der ge-dämpften Lampe, aber ihre Stimme lang fest und klar.  
„Was es ist, plagt mich nicht so viel, als wie es ausgeht. Und wenn ich Sie habe rufen las-sen, so habe ich gerade Sie rufen lassen, Herr Doktor. Mein Mann ist vor einem Jahre ein-mal wegen der Schüttelfrisse bei Herrn Me-dizinalrat Grohmann gewesen, aber Hausarzt ist der Medizinalrat bei uns nicht. Das war früher. Wir, das heißt das Theresle und ich, haben noch keinen Arzt gebraucht.“

„Alle Achtung,“ entfuhr es Baumgart. Und dann unterdrückte er die doktrinaire Anwand-lung, die in ihm aufsteigen war, als die selbst-sichere Frau die Diagnose geringfügig beiseite geschoben und nur die Prognose hatte wissen wollen. Donnerwetter, da hatte er eine Lehre erhalten, ohne Lehrgeld zahlen zu müssen! Und — zum Teufel, die Diagnose war ja auch für den Patienten und die Angehörigen wucht, wenn nur die Prognose eine günstige war! War sie's

aber nicht, so half auch die Diagnose wenig. Freilich: „Vom Standpunkt der ärztlichen Wis-senschaft aus...“

„Herr Doktor!“  
Er hörte den Bedruck und setzte sich gerade und fand sich mit dem Rezeptbuck in der einen, dem Bleistift in der anderen Hand in einem Sessel. Ihm gegenüber lehnte Frau Marie Theresle am Tisch. Da schob er den Buck in die Tasche.

„Ich verschreibe nichts, aber ich komme am Vormittag wieder. Chinin wird Herr Mark-walder schon genug geschluckt haben.“

„Niklas Markwalder hat sich rasch wieder er-holt, aber das Herzeiden, das wohl schon früher bestanden haben mochte, machte aus ihm einen kränkteren Mann als das sizilianische Fieber. Marie Theresle frag die Vast der Geschäfte mit heiterem Mut, und sie gab auch die Bekann-tschaft mit dem jungen Arzte nicht verloren, son-deru förderte ihn in ihrer energischen und warmherzigen Art, so daß er bald inne wurde, wie richtig der alte Fieber in jener Augustnacht die Zukunft erkannt hatte.“

„Aber ein Krankenbad darf Heiligenbronn nicht werden,“ sagte Marie Theresle, als Baum-gart bei der Eröffnung einer neuen Saison zu einer nachdrücklichen Betonung der Heilanzei-gen in den Prospektten und Zeitungsannoncen des Badhotels riet.

„Auf das bishigen Wärme und das Quentchen Schwefel der Quelle geh ich auch nicht viel, Frau Markwalder, aber die Lage und das Klima, die seltsame Frische und Kälte dieser Natur, das sind Heilfaktoren, die müssen ausgenutzt werden. Heiligenbronn ist kein Luxus- und Vergnügungsbad und wird es auch nicht, wenn auch ein bishigen mehr an Freizeutungen und Kultur geboten werden könnte. Aber schließlich — die, die ruhen wollen und gesund werden, machen

die Bedeutung eines Kurortes, nicht die Amü-siermenschen und die Ferien Gäste, die man sechs Wochen wie die Maifäser von den Bäumen schütteln kann, groß und klein, und die sich auch ohne das von selbst vermehren.“

„Ich sehe nur unser Haus, Herr Doktor, und das ist heute schon wieder zu klein. Es treibt sich früher oder später zum Bau des anderen Flügels. Aber Schmerzfranke, Nodstrüßle und rote Grütze, das paßt nicht ins Badhotel.“

„Ja, aber verheiratet Frau Markwalder, das Badhotel ist doch nicht Heiligenbronn!“

„Ei, Herr Doktor, und was ist denn Heiligen-bronn ohne das Badhotel. Und auch die Quelle laß ich nicht scheitern.“

Da lachte Baumgart.  
„Glaub ich, und ich will Ihnen auch sagen, warum. Nicht weil Ihnen das bishigen Wärme und das Quentchen Schwefel imponiert, son-deru weil Sie selbst ein Bräunlein davon haben auf Ihrem Grund und Boden.“

„Ja, ganz recht. Und es wär schlimm, wenn wir es nicht hoch hielten! Daheim der Brun-nen auf unserem Hof, der gibt als lebendig wie das Vieh im Stall, und der Vater sagt, er laufe seit dreihundert Jahren in denselben Steintrug. Das ist wie ein Stüd von uns selbst. Und da mein ich, hat das Wasser, das hier warm und fräftig aus unserem Grund tritt und dem Ort den Namen gegeben hat, auch ein Recht auf eine Seele, und so halt ich's auch.“

„Sie sind ein treues Gemüt, Frau Markwalder, und ich glaube fast, ich hab es so gemeint, wie Sie es jetzt ausgesprochen haben,“ entgegnete Baumgart. „Aber von der Zukunft Hei-ligenbronn's als Krankenbad oder als Hellbad — das klingt besser und erinnert nicht so an Kranken- und Todes — laß ich mir nichts ab-handeln. Wir erleben die Entwicklung noch.“

„Ei freilich, Herr Doktor, wenn wir alt ge-

nug werden. Sie haben Zeit,“ antwortete Marie Theresle lächelnd.

„Ich bin jetzt dreißig Jahre, gnädige Frau, jawohl, Geburtstag bereits gefeiert,“ versicherte Baumgart.

„Herr Doktor, ich lasse mich nicht gnädige Frau nennen. Das wissen Sie. Und sechs Jahre habe ich voraus. Aber jetzt eine andere Frage: Finden Sie meinen Mann gebeßert?“

„Ja, das Fieber sind wir, wie mir scheint, glücklich los, für eine Zeitlang wenigstens. Wis-sen Sie was, Sie erzählen da eben von Ihrer Heimat. Ich bin einmal auf einer Wanderung dort vorbeigekommen. Warum gehen Sie nicht über den Winter mit Ihrem Herrn Gemahl ins Dozanien? — Nein, zu hoch ist es nicht.“

Marie Theresle trat zu dem Mumentisch, der in der neuerrichteten Halle einen Garten er-blicken ließ.

„Daran habe ich noch nicht gedacht.“  
„Sie schicken ja sowieso, für Töchterden ist jetzt im Institut, also äußere Hindernisse keine und im — er wurde ernst — „innere Notwendige“ selten gegeben.“

„Sie hob rasch den Kopf, sah ihn erst an, dann durchslog ihr Blick die weiße Halle. Sie waren allein. Die Ankerpelle spielte, im Garten klangen lustige Stimmen.“

„Niklas ist zusammengefallen, ich weiß es. Aber?“  
„Wollen Sie nicht eine Konsultation mit einer Autorität erwägen?“ wandte Baumgart ein.  
„Ich will alles, was sein muß, und es gibt nichts, das ich nicht täte. Aber von Ihnen ver-lang ich, daß Sie mir sagen, was Sie selbst glau-ben zu wissen.“  
„Ich weiß nicht viel, Frau Markwalder, aber ich fürchte viel. Sie haben selbst gesagt, daß die Kräfte abnehmen, sein Herz ist in keinem guten Zustand.“  
(Fortsetzung folgt.)



# Schuhwaren

**Enorm billig!** Solange Vorrat!

**Damen-Halbschuhe** 75<sup>00</sup>  
schwarz u. farbig Mk. 98<sup>50</sup> u.

**Damen-Stiefel** 115<sup>00</sup>  
R-Box, bequemer Absatz Mk.

**Damen-Stiefel** 145<sup>00</sup>  
Box-Calf, elegant . . . . . Mk.

**Herren-Stiefel** 148<sup>00</sup>  
Rindbox, elegant . . . . . Mk.

## Ettlinger Schuh-Haus

Kaiserstraße 48.

**Spangen, Steder und Rämme**  
werden in 3 Tagen repariert  
**Frieda Schmidt**  
Derrenstr. 19, im Hause der Uhr.

**Israel. Gemeinde.**  
Sabbatdienst 7.00 Uhr.  
Freitag, den 15. Oktober:  
Sabbatdienst 6.15 u.  
Samstag, d. 16. Oktober:  
Vorgens Gottesd. 8.30 u.  
Nachm. Gottesd. 8.30 u.  
Sabbatdienst 6.15 u.  
Sabbatdienst 7.00 Uhr.  
Abendgottesd. 8.15 Uhr.

**Israel. Religionsgesellschaft.**  
Freitag, den 15. Oktober:  
Sabbatdienst 6.15 Uhr.  
Samstag, d. 16. Oktober:  
Vorgens Gottesd. 8.30 u.  
Schülergottesd. 8.30 u.  
Nachm. Gottesd. 4.00 u.  
Sabbatdienst 6.15 u.  
Sabbatdienst 7.00 Uhr.  
Nachm. Gottesd. 8.00 u.

# Handschuhe

in Leder u. Stoff färbt n. reinigt  
**Färberei D. Lasch**  
Telephon 1953,  
Fillialen in allen Stadtteilen.

## Baubund-Möbel

**Kaufen Sie preiswert**  
und formschön gegen Barzahlung oder  
**erleichterte Zahlungsbedingung**  
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft

### Badischer Baubund

G. m. b. H.  
Karlsruhe  
Karl-Friedrichstraße 22 (Eckhaus Rondellplatz)  
Fernsprecher 5157.  
Täglich geöffnet von vorm. 8—12, nachmittags  
von 2—6 Uhr.

**Druckarbeiten** liefert C. F. Müllersche Hofbuch-  
handlung u. b. H., Ritterstraße 1.

# Großer Trikotagen-Verkauf

Herrenhosen nahtlos, gute Qual. 39.— 37.— 35.—  
Ein Posten Herren-Normal-Hosen zum Aussuchen 49,50

Herren-Normalhemden wollgemischt . . . 68.— 63.— 58.—  
Einsatzhemden weiß u. gelb, schöne Einsätze, guten Qualitäten . . . 75.— 63.— 55.—  
Herren-Normalhosen wollgemischt . . . 52.— 48.— 45.—  
Serien Herrenhosen warm gefüttert, Paar 48.— 42.— 38.— 35.—

Damenreformhosen marineblau . . . . . 38.—  
Damenreformhosen marinebl., gefüt., 75., 65. 46<sup>50</sup>

Damenreformhosen wollgemischt . . . 65.— 62.—  
Mädchenreformhosen blau gefüttert Größe 55 60 65 70 75 29.50 32.50 35.50 38.50 42.50

Damen-Hemdchen weiß, gestrickt . . . . 46<sup>50</sup> 42<sup>50</sup> 39<sup>50</sup>  
Damen-Schlupfhosen in vielen Farben Wolle 55.— Baumwolle 37<sup>50</sup>  
Kinder-Leibhosen wollgemischt je nach Größe 22<sup>50</sup> 29<sup>50</sup> 33<sup>50</sup> 36<sup>50</sup> 39<sup>50</sup>

**Auf Extrasachen!**  
Damenstrümpfe schwarz gewebt Paar 16<sup>50</sup> 14<sup>50</sup> 9<sup>75</sup>  
Herrensocken stark, grau Paar 7<sup>50</sup>

Damenstiefel in verschiedenen Ausführungen  
Herrenstiefel  
Knabenstiefel Paar 13<sup>50</sup>—  
**Winterschuhe**  
in großer Auswahl.

## Geschwister KNOPF

Beachten Sie unsere Fenster!  
Solange Vorrat!

# Schuhwaren!!!

## Preiswertes Angebot

Damen-Sammet-Spangenschuhe . . . . . 45.—  
Damen-Sammet-Schnürschuhe . . . . . 45.—  
Damen-Spangenschuhe in modern farb. Leder . . . 72.—  
Damen-Schnür-Schuhe, Chevreux mit und ohne Lackkappen . . . . . 79.50  
Damen-Spangenschuhe, Box u. Chevreux M. 120.— 98.50  
Frauen-Arbeits-Stiefel, niedriger Absatz . . . . . 105.—  
Damenstiefel, Box . . . . . 139.50  
Braune Damenstiefel, reichste Auswahl.  
Herrenstiefel, Box u. Chevreux, Mk. 170.— 165.— 148.50  
Herrenstiefel, braun Box u. Chevreux . . . . . 188.50  
Herren-Halbschuhe in Lack, braun und schwarz

Nicht nur die billigen Preise, sondern die guten Qualitäten und besten Paßformen sollten Sie veranlassen, Ihren Bedarf im

## Schuhhaus „Erika“

Karlsruhe, Ludwigsplatz einzudecken.

Vermögens-Ausstellung  
Einbuchen-Poststellung  
Vermögens-Verwaltung  
Börsen-Anlage u. Ordnung  
Bilanz-Führung  
Kassen-Verwaltung  
Steuererklärung

übernimmt  
sach- und fachkundig  
**Oscar Kleinert**  
Buchhalter u. Bücherrevisor  
Kurvenstraße 15 II.

## Großer Transport schöner Läufer Schweine

trifft Sonntag ein und steht ab Montag zum Verkauf auf im Viehhof Karlsruhe.  
**Emmerich & Diebler.**

## van Baerle's Bleichsoda

wird stets in gleicher Güte und Beschaffenheit hergestellt. Man verlange daher van Baerle's Bleichsoda, da nach Freigabe des Wortes Bleichsoda durch die Reichsbehörde, heute auch ganz minderwertige Produkte unter der falschen Benennung Bleichsoda verkauft werden. Preis Mk. 1.60 das Paket.  
**van Baerle & Co., Worms a. Rh.**

deselben, angelegt werden, dadurch spart man Leute und Gespanne, die man in dieser Zeit zu vielen anderen Arbeiten dringend benötigt, und man führt die Kartoffeln auf einen Mietenplatz, möglichst in der Nähe des Hofes zusammen, was den Vorteil der besseren Beaufsichtigung und der leichteren Abfahrt im Bedarfsfalle hat. Die Mietensohle wird nur so viel abgehoben, daß nach außen ein Rand entsteht, der das Aufschichten der Kartoffeln erleichtert. Dann wird der Boden feigereiten und mit dem Spaten geglättet. Die richtige Sohlenbreite für große Mieten ist 1,20 bis 1,50 m. Für bald zu verbrauchende oder zu verladende Kartoffeln kann man die Mieten bis zur Breite von 2,50 m anlegen. Die Länge der Miete ist beliebig, jedoch ist es aus verschiedenen Gründen ratsam, sie nicht über 20 m auszubilden. Ein in der Mitte der Mietensohle an beiden Enden offener, dachförmig längs durch die Mitte angelegter, 20 cm hoher und ebenso breiter Luftkanal aus Dachlatten usw. oder eingelegerter 50—80 mm weiter Drahtrohrzug ist besonders für naß geerntete Kartoffeln zur Fußdurchlüftung und Wärmeableitung sehr zu empfehlen. Die Kartoffeln werden nun auf die Mietensohle etwa 1 m hoch, dachförmig, aufgeschüttet. Die Miete wird alsdann mit Erde bedeckt und zwar vorerst nur mit einer etwa 12 cm dicken Schicht. Eine vorherige Auflage von 10—15 cm Stroh oder gesundem Kartoffelkraut ist sehr ratsam und verhindert auch das Einsinken der Erde zwischen die Kartoffeln. Dabei ist zu beachten, daß das Stroh usw. überall möglichst gleich hoch liegt. Ist das Wetter trocken, so bleibt auf dem Firn der Miete ein schmaler Streifen offen, durch den der sich im Anfang entwickelnde Dampf leicht abziehen kann. Erst bei stärkerer Kälte oder ansgiebigerem Regen, die die leichte Bedeckung durchdringen könnten, wird die erste Decke verhärtet. Die Miete wird dann zunächst mit einer weiteren, etwa 15 cm dicken Lage von Stroh, Kartoffelkraut, Reisig oder ähnlichem Material, bedeckt, die dann nochmals mit einer 15—20 cm dicken Erdschicht beworfen wird. Die Herstellung eines Firnstrohres oder eines Drahtrohrzuges von etwa 10 cm Durchmesser ist eine vorzügliche Maßnahme zur Verwerfung der Durchlüftung. Das Firnstrohrohr wird in der Weise angelegt, daß man nach der ersten Einbauung über den ganzen Firn hinweg einen Deubaum legt, diesen nochmals mit Stroh überdeckt, das dann mit der letzten Erdschicht überdeckt wird. Zieht man den Deubaum heraus, so hat man ein aus Stroh gebildetes Rohr, das als Abzug für die Innen-

feuchtigkeit dient, ohne daß von außen allzuviel Feuchtigkeit eindringen kann. Erst bei stärkerem Frost oder ausgiebigem Regen ist das Abdichten der Öffnungen des Firnstrohres und des unteren Lüftungskanals notwendig.

Das Anbringen der vielfach angewandten, sogenannten Schornsteine, die darin bestehen, daß alle paar Meter auf dem Firn der Miete bis auf die Kartoffeln durchgehende Büschel von Stroh oder auch senkrechte Bretterschächte aufgestellt werden, ist nicht zu empfehlen. Diese Öffnungen ziehen zwar Feuchtigkeit aus der Miete heraus, aber andererseits dringt auch Regen und Tau in das Innere hinein, so daß sich sehr häufig naße Stellen bilden, die der Herd zu weiterer Fäulnis sind. Bleiben diese Schornsteine auch während des Winters bestehen, so bilden sie auch für den Frost eine Eingangspforte.

Nach der Fertigstellung der Miete zieht man rings um diese eine Ableitungsrinne für das Regen- oder Schneewasser. Die geeignete Temperatur in der Miete ist + 2° bis + 6° Celsius; sie muß öfter mit dem Thermometer geprüft werden, da die richtige Temperatur die größte Sicherheit für das Gedeihen der Kartoffeln bietet.

Sollten sich im Laufe des Winters eingesenkte Stellen bemerkbar machen, so ist das meistens ein Zeichen dafür, daß sich im Innern ein Fäulnisherd gebildet hat. Solche Stellen müssen alsdann unterucht, und falls die Vermutung sich bestätigt, ganz oder wenigstens der angelegte Teil entfernt werden. Sind die Einseitigkeiten etwa durch Erdrutsch oder sonstige Einflüsse entstanden, so muß die betreffende Stelle wieder sorgfältig und dicht eingedeckt werden.

Die Miete läßt man solange sorgfältig gedeckt, bis die Kartoffeln gebraucht werden. Es ist nicht notwendig, im Frühjahr einen Teil der Bedeckung abzunehmen; denn wie die starke Decke im Winter das Eindringen von Kälte und großer Feuchtigkeit verhindert, so hält sie auch im Frühjahr die Wärme ab. In einer vorschriftsmäßig angelegten und behandelten Miete halten sich die Kartoffeln bis ins Frühjahr hinein ohne allzugroße Verluste.

Für die kleinen Vorräte im Haushalt kommt lediglich der Hauskeller als Lagerraum in Betracht. Hier werden die Kartoffeln am besten in Schale, nicht unmittelbar auf dem Boden sondern auf Holzklößen oder Steinen ruhende Kisten vorsichtig geschüttet. Zu beachten ist, daß die Kisten möglichst kühl und auf keinen Fall

in der unmittelbaren Nähe von Heizanlagen stehen. Räucher, Wasser oder Säure sind für die Daueraufbewahrung von Kartoffeln nicht geeignet. Wenn kein kühler Keller zur Verfügung steht, so lagere man lieber keine Vorräte ein, da die Gefahr des Verderbens bei anderweitigen Lagerstätten sehr groß ist.

In den letzten Jahren ist von vielen Seiten die Anwendung von Konservierungsmitteln sowohl in der Miete als auch im Keller vorgeschlagen und auch vielfach mit Erfolg angewandt worden. Es dürfte sich jedoch die Anwendung solcher

## Die Verwendung von Kali und Superphosphat.

Gleichzeitig Antwort auf verschiedene Anfragen.

Fast alle landwirtschaftlichen Kulturpflanzen benötigen in mehr oder weniger hohem Maße zur Erreichung ihrer höchsten Leistung unter allen Umständen eine entsprechende Kaligabe bzw. Düngung mit Kalium, zumal auf den mehr oder weniger an Kali armen Böden Ihrer Gemeinde. Wenn Sie also die besten Erträge erzielen wollen, müssen Sie stets eine entsprechende Kaligabe verabfolgen und zwar richtet sich natürlich die Menge des Kali ganz nach der anzubauenden Fruchtart. Für Kartoffeln und Futterrüben, die ja besonders großes Bedürfnis an Kali besitzen, empfiehlt es sich unter allen Umständen, mindestens 15 Zentner 40% Kalisalz oder 3 Zentner Kalium auszustreuen pro Normalmorgen = 25 ar und zwar beide Sorten etwa 8—10 Tage vor dem Aussäen der Kartoffeln. Sie können das Kali bzw. den Kalium jederzeit auf die rauhe Furche ausstreuen und dort liegen lassen oder auch einengen. Nährstoffverluste brauchen Sie nicht zu befürchten, da ja keine flüchtigen Stoffe im Kali sind. Durch Regen oder Tau wird das salzartige Kali bzw. Kalium gelöst, von dem Boden aufgenommen. Für Weizen oder Roggen empfiehlt sich eine Kaligabe von 80—100 Pfund 40% Kalisalz bzw. 15—2 Zentner Kalium auf 25 ar. Dieses können Sie entweder bei der Saatfurche geben oder auch später bei trockenem Wetter im Laufe des Herbst oder im zweiten Frühjahr in Form von Kopfdüngung den Pflanzen zuführen; im Frühjahr aber, wenn es in Form von Kopfdüngung gegeben wird, sehr frühzeitig, damit die junge wachsende Pflanze es gut ausnützen kann. Dasselbe gilt auch für Hafer und Gerste. Für den Tabak sollen nur hochprozentige Kalisalze verwendet werden und zwar, weil die hochprozentigen Kalisalze arm an Chlor sind, wodurch die

Mittel erübrigen, wenn man bei der Einlagerung die angeführten Maßregeln beobachtet, um so mehr als diese Mittel teilweise schwer zu beschaffen und vielfach auch im Verhältnis zu ihrem Gebrauchswerte recht teuer sind.

Jeder, der Kartoffeln zur Aufbewahrung hat, soll sich bemühen, daß er durch schlechte Lagerung und mangelhafte Behandlung nicht nur sich selbst schädigt und persönliche Verluste hat, sondern daß in der jetzigen Zeit auch die Allgemeinheit für seine Fehler, die meistens hätten vermieden werden können, büßen muß!

Qualität der Tabakblätter, vor allen Dingen das Aroma und die Verbrennungsfähigkeit bedeutend gefördert werden. Kalium und 20—22% Kaliumdüngung ist zur Kaliumdüngung durchaus ungeeignet, weil durch den hohen Chlorgehalt die Klimmfähigkeit stark leidet.

Aber auch für Wiesen und Kleckäcker ist eine Kaligabe von großer Wichtigkeit, weil dadurch der Nährstoffgehalt des Futters wesentlich erhöht wird. Bei Wiesen, sofern sie im Laufe des Winters oder Frühjahr nicht unter Hochwasser zu leiden haben, kann man im Laufe des Winters oder Nachwinters die Kalidüngung dergestalt verabfolgen, daß man pro 25 ar 1,5—2 Zentner Kalium breitwürfig ausstreut. Kali ist für Wiesen nicht zu empfehlen, da die Anwendung zu teuer ist. Auch für die Ackerfütterung vor Nuttle und Luzerne ist eine Kaligabe von Wichtigkeit; man gibt hier im zeitigen Frühjahr Ausguss Gebur oder Anfang März 1,5—2 Zentner Kalium pro 25 ar. Auch der Weis ist für eine Kalidüngung sehr dankbar; Menge genau wie bei Weizen und Roggen. Die angegebenen Zahlen sind Mindestangaben und werden zur Hervorbringung einer vollen Ernte von den Pflanzen unbedingt benötigt!

Was nun die Düngung mit Phosphorsäure (Thomas mehl) anbelangt, so ist das Bedürfnis der Pflanzen hier wieder ein ganz anderes. Kartoffeln und Futterrüben brauchen in der Regel keine Phosphorsäuredüngung, da diese beiden Fruchtarten ja im Stallmist bestellt werden. Im Stallmist ist nun aber so viel Phosphorsäure vorhanden, daß eine Zudüngung von Thomas mehl unnötig ist. Dagegen verlangen alle Getreidearten eine entsprechende Zufuhr von Phosphorsäure,